

Die Krieger dieser Welt führen oft genug ungerechte Kriege, unser allmächtiger Herr dagegen kämpft für himmlische Dinge und mit himmlischen Waffen; und gleicherweise kämpfen seine Soldaten den guten Kampf des Glaubens. Sie streiten gegen ihre und ihres Meisters drei großen Feinde: die Welt, das Fleisch und den Teufel. Er ist bedeckt mit Blut, aber es ist sein eigenes Blut, das er vergossen hat für unsere Erlösung. Und die ihm folgen, sind rot von Blut; aber auch das ist sein Blut, denn so steht geschrieben: „Sie haben ihr Gewand gewaschen und weiß gemacht im Blut des Lammes“.

John Henry Newman

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Gegen den Klassenkampf *Vertreter der Evangelischen Kirche und der Katholischen Arbeiterbewegung haben in einer gemeinsamen Erklärung, die am 9. Dezember in einer Pressekonferenz im Kölner Kettelerhaus bekanntgegeben wurde, Arbeiter und Unternehmer zum sozialen Frieden aufgerufen. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:*

In der evangelischen und katholischen Sozialarbeit stehende Organisationen und Persönlichkeiten sehen seit Monaten mit Sorge, daß sich die sozialen Schichten unseres Volkes immer mehr entfremden. Unter dem Einfluß unfruchtbarer und weithin veralteter Wirtschaftsdoktrinen droht ein neuer Klassenkampf von oben und unten. Im Blick auf das weltpolitische Geschehen kann dies nur bedauert werden.

Wir vermissen bei vielen Unternehmern eine ausreichende Würdigung der Tatsache, daß der Wiederaufbau ihrer Betriebe nicht nur der unternehmerischen Leistung, sondern zugleich der Mitarbeit aller in der Wirtschaft Tätigen und einem Konsumverzicht des gesamten Volkes zu verdanken ist. Daraus ergeben sich moralische und rechtliche Verpflichtungen, die baldigst erfüllt werden müssen. Große Teile der Unternehmerschaft haben noch nicht erkannt, daß der wichtigste aller ihrer Geschäftspartner die eigene Arbeiterschaft ist und daß sich ihr Betriebsinteresse der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung unterzuordnen hat.

Auch die Gewerkschaften sind in der Gefahr, den Aufbau zentraler Machtbefugnisse über die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Volksgesamtheit zu stellen. Die berechtigte Forderung der Arbeitnehmerschaft nach einer besseren sozialen Wirtschaftsordnung wird durch die Rückkehr zu marxistisch-materialistischen Ideen, die leider im DGB zunehmend sichtbar wird, gefährdet. Innerhalb der Arbeiterschaft und auch unter den Mit-

gliedern des DGB sind breite Schichten christlicher Arbeitnehmer, die nicht gewillt sind, die Festlegung auf solche Ideen mitzumachen. In den letzten Wochen sind Veröffentlichungen des DGB herausgebracht worden, die den christlichen Arbeiter aufs tiefste verletzen und schwer gegen die weltanschauliche Toleranz verstoßen. Die Presse des DGB hat eine wirtschafts- und sozialpolitische Linie bezogen, die allzu einseitig parteipolitisch ausgerichtet ist.

Die Christen aller Konfessionen sind verpflichtet, gemeinsam darauf hinzuweisen, daß das Mittel der rücksichtslosen Gewalt weder im Völkerleben noch zwischen den Sozialpartnern Segen bringen kann, sondern zum Verderben aller führen wird. Deshalb müssen alle Beteiligten bereit sein, auch dem Standpunkt der Gegenseite Rechnung zu tragen, wenn sie nicht die eigene Sache verderben wollen. Zu solcher Bereitschaft rufen wir auf.

Gibt es eine deutsche öffentliche Meinung über die Wiederbewaffnung?

Bei der Diskussion über die „Wiederbewaffnung“ Deutschlands wird manchmal die Tatsache übersehen, daß, obwohl eine offizielle Volksbefragung nicht stattfinden soll, von Ende 1948 bis jetzt eine Reihe von privaten Meinungsbefragungen vorgenommen wurden, die in ihrer Gesamtheit ein zwar nicht eindeutiges, aber beachtliches Bild von der Einstellung der westdeutschen Bevölkerung zu dieser Frage vermitteln können. Veranstalter dieser Befragungen waren nach modernen Verfahren arbeitende unabhängige Meinungsforschungsinstitute und parteipolitisch nicht gebundene Zeitungen und Zeitschriften, die sich der einfachen Methode der Leserumfrage bedienten. Die einzelnen Ergebnisse seien hier in zeitlicher Reihenfolge zusammengestellt:

1. Im Oktober 1948 stellte die Zeitschrift „Die Wandlung“, deren Mitherausgeber Karl Jaspers war, ihren Lesern die Frage: „Wünschen Sie persönlich ein verfassungsmäßiges Recht zu besitzen, den Kriegsdienst zu verweigern?“ 76,3 % der Antworten lauteten „Ja!“

2. Die „Frankfurter Neue Presse“ übernahm die Frage der „Wandlung“ und legte sie ihrem Leserkreis vor. Am 24. 12. 1948 veröffentlichte sie das Ergebnis: 88,3% hatten die Frage bejaht!
 3. Zur gleichen Zeit bat die „Kasseler Zeitung“ ihre Leser, zur Kriegsdienstverweigerung Stellung zu nehmen. Für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sprachen sich 94,4% der antwortenden Leser aus.
 4. Die nächste Leserumfrage wurde im November 1949 von den „Bremer Nachrichten“ veranstaltet: 75% der eingegangenen Leserzuschriften lehnten eine Wiederbewaffnung Deutschlands entschieden ab.
 5. Im Januar 1950 fand die Wiederholung einer wissenschaftlichen Meinungsanalyse vom Juni 1949 statt, beide wurden vom Institut „Emnid“ (Bielefeld) durchgeführt. Die Frage lautete: „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden, oder daß Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat werden würde?“ „Nein!“ antworteten 74,6%, noch etwas mehr als bei der ersten Umfrage ein halbes Jahr früher.
 6. Die im Auftrag der deutschen katholischen Bischöfe erscheinende Zeitschrift „Mann in der Zeit“ (Fulda) stellte im Januar 1950 den Wehrdienst ebenfalls zur Diskussion. 90% der Zuschriften lehnten den Wehrdienst sowohl in einer westdeutschen Armee wie in einem europäischen Verbandsab. Die Redaktion schrieb dazu: „Die tragende Schicht der deutschen katholischen Männer lehnt in ihrer überwiegenden Mehrheit grundsätzlich Wehrdienst und Krieg ab. Daher entbehren alle Diskussionen über Remilitarisierung in Westdeutschland jeder realen Grundlage.“
 7. Im Mai 1950 ließ die Erziehungsabteilung des amerikanischen Landeskommissariats für Bayern durch deutsche Fachleute an 560 Studenten der Universitäten München und Erlangen, von denen 70% ehemalige Wehrmachtangehörige waren, die Frage richten: „Angenommen, Deutschland hätte wieder eine Wehrmacht — würden Sie dann Soldat sein wollen?“ „Nein!“ antworteten in Erlangen 91%, in München 96% der Studenten.
 8. Das Institut „Disma“ (Hamburg) führte am 15. August 1950 eine „Blitzumfrage“ in ganz Westdeutschland durch und stellte fest, daß von den befragten Männern im Falle einer Wiederbewaffnung höchstens jeder zehnte sich freiwillig melden würde, während weit mehr als jeder dritte sogar einer Einberufung widersprechen und den Kriegsdienst verweigern wollte.
 9. Der „Reutlinger Generalanzeiger“ fragte im August 1950 seine Leser: „Willst Du wieder eine Wehrmacht?“ und „Bist Du für eine europäische Armee mit deutschen Kontingenten?“ Die erste Frage wurde von 91,3%, die zweite von 90% der Umfrageteilnehmer verneint. (Für Neutralität Deutschlands waren 80,5%.)
 10. Die illustrierte Wochenschrift „7 Tage“ (Konstanz) erhielt auf ihre im September 1950 gestellten Fragen „Wünschen Sie eine Wiederaufrüstung Deutschlands?“ und „Sind Sie selbst bereit, wieder Militärdienst zu tun?“ sechzehntausend Antworten. Davon verneinten die erste Frage 73%, die zweite 85%. (Für Neutralität Deutschlands sprachen sich 84% aus.)
 11. Die „Abendpost“ (Frankfurt) rief ihre Leser am 28. Oktober 1950 zu einer „privaten Volksbefragung“ auf, bei der sich 68,25% grundsätzlich gegen jede Art von Remilitarisierung wandten.
 12. Im Oktober 1950 stellte die in Essen erscheinende Zeitschrift „Befreiung“, das Organ der katholischen Arbeiterjugend CAJ, Wiederbewaffnung und Kriegsdienstverweigerung zur Diskussion. In einem offenen Brief an den Bundeskanzler teilte die Redaktion das Ergebnis mit: 71% der Befragten verwarfen entschieden und teilweise radikal den Gedanken einer Wiederbewaffnung. Die Zahl der Jungarbeiter, die sich an dieser Umfrage beteiligten — fast alle waren schon einmal Soldaten — war größer als bei allen vorherigen Diskussionen der Zeitschrift.
 13. Zur gleichen Zeit befragte die „Frankenpost“ (Hof a. d. Saale) ihre Leser nach ihrer Meinung. 89% der Zuschriften lehnten die Wiederbewaffnung vorbehaltlos ab.
 14. Die Zeitschrift „Der Spiegel“ (Hannover) berichtet am 15. 11. 1950 von zwei gleichzeitigen Abstimmungen unter den Studenten von Cambridge und Bonn über die Beteiligung Westdeutschlands an der Atlantikverteidigung. Während in Cambridge die Mehrheit für deutsche Soldaten war, sprachen sich 70% der Bonner Studenten gegen deutsche Beteiligung aus.
 15. Ein ähnliches Ergebnis zeigte eine Befragung von Göttinger Studenten, über die „Die Welt“ (Hamburg) am 3. 12. 1950 berichtet: 69% sprachen sich gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag aus.
- Man kann zusammenfassend von diesen Unternehmungen also sagen: Es wurden zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen unabhängigen Veranstaltern in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik verschiedenartige Bevölkerungskreise angesprochen. Es entsteht dabei das Bild der Ablehnung der Wiederaufrüstung Deutschlands und Befürwortung des im Bonner Grundgesetz verankerten Kriegsdienstverweigerungsrechtes durch die überwiegende Mehrheit der Befragten, die sicher einen starken Teil der westdeutschen Bevölkerung repräsentieren. Eingeschränkt wird die Gültigkeit dieses Bildes vielleicht durch die Überlegung, daß bei den Befragungen der Zeitungen und Zeitschriften wahrscheinlich nur die antworten, die in dieser Frage eine stark affektiv unterbaute Überzeugung haben, denn der normale deutsche Zeitungsleser muß schon von einem starken Affekt getrieben sein, ehe er sich öffentlich äußert. Auf der anderen Seite berichten die betreffenden Organe jedoch, daß die Beteiligung an dieser Umfrage sehr groß gewesen sei. Der Vorgang der öffentlichen Meinungsbildung darf also auch nicht unterbewertet werden.
- Welche Gründe die einzelnen bewogen haben, sich gegen Wiederbewaffnung und Kriegsdienst auszusprechen, läßt sich aus dem vorliegenden Material nicht mit Sicherheit ermitteln. Immerhin erlauben die mit einem Teil der Befragungen veröffentlichten Meinungsäußerungen folgende Rückschlüsse:
1. Eine Täuschung über die Bedeutung der für die westliche Welt drohenden Gefahr kann nicht ohne weiteres unterstellt werden, denn die Befragungen zeigen, daß auch nach dem Ausbruch des Koreakrieges kein Meinungsumschwung eintrat (vgl. Nr. 8—15), wie manchmal angenommen worden ist.
 2. Beleidigter „Nationalstolz“ („Diffamierung des deutschen Soldatentums“) begründete zweifellos manchmal die Ablehnung. Aber dieses Motiv darf (vgl. etwa Nr. 6 und 12) nicht überschätzt werden.
 3. Die Auffassung, daß der moderne Krieg an sich nicht nur letztlich erfolglos, sondern auch sittlich verwerflich

ist, hat vor allem in christlichen Kreisen beider Bekenntnisse stark an Boden gewonnen. Hinzu kommt noch die Befürchtung, daß in einem kommenden Krieg Deutsche gegen Deutsche kämpfen müßten.

4. Es besteht weitgehend die Ansicht, daß — ganz abgesehen von grundsätzlichen Erwägungen — die konkrete politisch-geographische Lage eine Wiederbewaffnung Deutschlands nicht ratsam erscheinen läßt.

Trierer
Seminaristen in
den Kohlenzechen

In der Trierer Theologischen Zeitschrift (Heft 9/10, 1950) berichtet J. Höffner über einen interessanten Versuch:

In den Osterferien 1950 arbeiteten zehn Trierer Theologiestudenten etwa fünf Wochen lang in den Kohlenzechen des Rhein-Ruhrgebietes. Mit den Zechen-Leitungen war vereinbart worden, daß die Theologen von einander getrennt in verschiedenen Gruben unter Tage, also nicht in den Büros, beschäftigt werden und in den Ledigenheimen wohnen sollten. Die folgenden Auszüge aus den Berichten geben die Eindrücke wieder, welche die Theologen bei den Kumpels gewonnen haben.

Das Arbeitsethos

„Als ich meine erste Schicht begann, wurde ich sehr drastisch begrüßt: Was willst du denn hier? Wo kommst du her? Hast du deine Mutter kaputt geschlagen? Aus welchem Zuchthaus haben sie dich laufen lassen? Wir sind nämlich lauter Ausgestoßene, keine Menschen mehr. — Die Selbstachtung des Bergmannes, besonders des jungen Kumpels, ist weithin geschwunden. Die Arbeit wird seelenlos erledigt und abgetan, ja sie erscheint dem Kumpel als ein diabolisches Werk, zu dessen Vollzug er erbarmungslos verdammt ist. Diese Stimmung überträgt sich auf den Arbeitsplatz, der seinen organisatorischen Ausdruck im Betrieb findet. Dazu gehören alle, die den Betrieb leiten und in der Verwaltung tätig sind und nach Ansicht des Kumpels die dicken Ausbeutergehälter beziehen. Alle in der Verwaltung Tätigen, von den Schreibern angefangen, werden als Parasiten verschrien, die sich auf Kosten der Kumpels mästen. Nicht selten beginnt die Abneigung schon beim Steiger. Aus dieser Einstellung ergeben sich die Arbeitsregeln: Die Zeche muß man schädigen, wo immer man kann, aus Rache dafür, daß sie einen wie eine Zitrone ausquetscht. Die Zeche ist reich genug, und außerdem kann sie uns gar nicht bezahlen, was wir schufteten. Allein daß wir hier sind, ist nicht zu bezahlen.“

Akkord-Arbeit

„Ich empfand die Akkordarbeit als geldgierige und unwürdige Schuftereier. Die Leute werden rücksichtslose, harte Nur-Verdiener. Die alten Bergleute ärgern sich, daß sie im Vergleich zu den jungen Gedingearbeitern mit weniger Lohn nach Hause gehen. Sie weisen darauf hin, daß sie ihre beste Kraft dem Bergwerk geopfert haben und deshalb besser gestellt sein müßten als die jungen Leute, auch wenn sie jetzt nicht mehr im Gedinge arbeiten könnten.“

Freizeit

„Wenn ich jetzt von den Bergleuten ganz allgemein gesprochen habe, so nehme ich im folgenden die alteingesessenen Familienväter aus. Das Leben der meisten In-

sassen des Ledigenheimes läuft in einem geschlossenen Kreis ab: Gedinge — Geld — Vergnügen. Wenn der Kumpel auch gut ißt — er muß bei seiner schweren Arbeit ein gutes Essen haben —, so bleibt doch ein gut Teil des Verdienstes übrig, und dieses wird umgesetzt in Zigaretten, Schnaps, Kino und dergleichen. Auch leistet man sich einige hochmoderne Kleidungsstücke für den Ausgang und für den Umgang mit Mädchen, von denen die billigsten häufig genug gerade recht und gesucht sind. Wessen das Herz voll ist, dessen fließt der Mund über, und damit ist schon der Inhalt der Gespräche angegeben, die geführt werden.“

„Dauernd spricht man hier in ekelerregender Weise über Dinge, die dem Menschen heilig sein sollten. Dabei tun sich meist die Älteren, die Verheirateten, besonders hervor.“

Verhältnis zur Religion

„Nach den bisherigen Ausführungen könnte man vermuten, daß es um die Religion des Kumpels sehr böse steht. Ich kann jedoch diesem Urteil nicht ohne weiteres zustimmen. Immer wieder habe ich echte religiöse Ansätze festgestellt. Im Kumpel schlummern tiefe seelische Kräfte. Auffällig ist der große Hunger nach Liebe und Glück. Unter einer rauhen Schale steckt ein edler, fast weicher Kern. Viele können uns in ihrer Kameradschaftlichkeit ein Vorbild sein. Ich verstehe die Priester recht gut, die mir sagten, sie würden eine Arbeiterpfarrei einer ‚bürgerlichen‘ vorziehen. Die religiöse Lage bei den Bergleuten möchte ich mit einem Feld vergleichen, das zwar guten Boden hat, aber schon lange Jahre brach liegt und deshalb mit Disteln und Dornen überwuchert ist. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Feld einer besonderen Bearbeitung bedarf. Die üblichen Methoden der Seelsorge genügen nicht. Hier muß gerodet werden.“

„Der Arbeiter ist nicht unreligiös, aber er ist unkirchlich, ja antikirchlich. Mancher meiner Arbeitskameraden sagte mir, er sei Katholik gewesen: ‚Aber in die Kirche gehe ich nicht mehr; das ist ja alles Unsinn!‘ Viele waren an Kleinigkeiten gescheitert: der eine, weil ein Kaplan während der Evakuierung ihm eine notwendige Bescheinigung nicht ausgestellt, sondern eine Frau bevorzugt habe; ein anderer wegen des schlechten Lebens der „frommen“ Christen; ein dritter, der aus der Kirche ausgetreten war, lehnte die Rückkehr ab, solange die Kirche ihren Reichtum nicht zur Linderung der heutigen Not verwende.“

Kumpel und Priester

„Gerade in der Zeche ist mir die zentrale Stellung des Priesters aufgegangen. Auch in den Außenstehenden und Abgefallenen lebt noch ein verborgenes Ideal des christlichen Priesters: Ja, wenn sie so wären, wie sie nach ihren Predigten sein müßten! — Wie wird der Priester dort unten gesehen? Zum Vergleich ziehe ich die Achtung heran, die dem Priester — wenigstens bis vor kurzem — in Eifel und Hunsrück entgegengebracht wurde. In der Grube ist es umgekehrt. Der Priester gilt nicht als der Gottgeweihte, sondern als ein Mensch, den man übertriebenen Idealen gegenüberstellt und dessen Schwächen deshalb kraß hervortreten. So hält man sich für berechtigt, die Priester als Schwindler und Lügner zu verschreien, die den Dummen, die darauf hereinfallen, alles mögliche vormachen, selber aber nicht daran glauben und nicht danach leben. Die Priester sind Heuchler schlimmster Art,

die sich durch solches Tun nur ein angenehmes Leben verschaffen wollen. Pfarrer und Bürgermeister mästen sich auf Kosten ihrer Gemeinden. Und du, so sagte man mir, studierst jetzt nur, um uns später um so besser hinter Licht führen zu können! Im Arbeiter steckt ein tiefes Mißtrauen gegen die ‚Intellektuellen‘. Er fühlt sich von denen, die ihm mit ihrem Wissen zur Seite stehen müßten, verraten und verlassen, und nichts schadet dem Pfarrer vielleicht mehr als das Herauskehren des Studierten.“

„Das einzige, was sie genau vom Priester wissen, ist, daß er nicht heiraten darf. Danach wird sogleich gefragt. Gerade als Zölibatär erregt der Priester das Interesse des Kumpels. Natürlich wollen die Kumpels ganz genau wissen, daß der Zölibat der tollste Schwindel der Pfaffen ist. Es wird für unmöglich gehalten, daß ein normaler Mensch jungfräulich leben könne. So wird der Priester zu dem Gegenüber, auf das man die eigene sexuelle Not projiziert mit der unausgesprochenen Befürchtung, es könne doch etwas davon wahr sein und schwere Konsequenzen für die eigene Lebensführung nach sich ziehen.“

Verschüttete Sehnsucht

„Wenn der Kumpel einen Priester vor sich sähe, der wirklich das Ideal Christi lebt und sich nicht als ‚Herr‘ vor ihm verschließt, so würde ohne Zweifel das religiöse Empfinden wieder lebendig werden. Ein Kaplan sagte zu mir: Beim Kumpel ist die Antenne noch da; nur haben wir noch nicht den richtigen Sender gefunden. Das gilt auch für die Jüngeren, mit denen wir im Heim zusammen lebten. Die meisten sind Ostvertriebene und haben viel Schweres hinter sich. In den entscheidenden Jahren ihres Lebens fehlten ihnen Leitung, Liebe und Güte. Wenn ihnen ein guter Mensch begegnet, sind sie schon halb gewonnen. Für den Priester wird es freilich nicht leicht sein, den Zugang zum Lager zu finden, da man schon gegen sein Kleid Mißtrauen hegt. Hier müssen Laienapostel mithelfen.“

Neue Methoden der Seelsorge

„Auf dem Heimweg traf ich einen Benediktinerpater, der zum erstenmal die Verhältnisse im Ruhrgebiet kennengelernt hatte. Er war erschüttert über die Hast und Not, der diese Menschen ausgeliefert sind, und meinte, er wisse nun erst recht, wie sehr er diesen Menschen durch sein Gebet helfen könne. Mir kam der Gedanke, daß den Menschen an der Ruhr noch viel mehr geholfen werden könnte, wenn im Sinne der Regel des hl. Benedikt die *Arbeit* des modernen Menschen christlich gemacht würde. Mit Freude habe ich deshalb im ‚Michael‘ die Notiz gelesen, daß französische Benediktiner dazu übergegangen sind, mit ihrem monastischen Leben im Kloster den Acht-Stundentag in der Fabrik zu verbinden, besser noch: den Acht-Stundentag in ihr monastisches Leben einzubauen.“

„Als wir gingen, waren wir Freunde der Kumpels geworden. Sie baten uns, wiederzukommen. Auch haben sie die herzliche Bitte an uns gerichtet, wir möchten doch schreiben. Eines ist gewiß: Wir haben den Kumpel kennengelernt. Wir werden ihn nicht vergessen. Wir werden ihn überall, wo er wegen seiner Arbeit, wegen seines Aussehens und wegen seiner rauhen Art gering geschätzt wird, stets entschieden verteidigen.“

Christliche Verkündigung vor Menschen unserer Zeit

Die „Trierer Theologische Zeitschrift“ (Heft 9/10, 1950, S. 303) berichtet von dem Versuch des Pfarrers an der

St. Johanniskirche in Saarbrücken, eine Form christlicher Verkündigung zu finden, bei der die Menschen unserer Zeit sich die Offenbarung wirklich aneignen. Die übliche Predigt, so meinte dieser Pfarrer, geht zu einem Ohr herein und zum andern hinaus, weil sie völlig passiv entgegengenommen wird. Vielleicht bleibt das eine oder andere gute Wort hängen und wird beherzigt. Aber es kommt zu keiner Ganzheitsschau und zu keiner tief gegründeten Überzeugung.

Wenn man unter christlicher Überzeugung etwas Größeres versteht als jenes bald mehr, bald weniger dunkle und passive Glauben an einige Grundwahrheiten, das die meisten unserer Christen dank einer guten Tradition durch ihr Leben bewahren, wenn man mit dem Wort „Überzeugung“ ein konsequentes und vitales Einstehen für jene Wahrheiten bezeichnen will, dann wird der Pfarrer von St. Johann sicherlich recht haben. Der Glaube ist ja, katholisch verstanden, eine Tugend des Intellektes, eine Qualität, eine Prägung dieser Seelenkraft. Jedermann weiß, bei wie vielen Christen die Glaubenswahrheit sozusagen als atavistisches Rudiment aus der Jugend im Intellekt ein Schattendasein führt, seit der Schulzeit nicht mehr weiter entwickelt, in keinem Verhältnis zur sonstigen geistigen Bildung. Warum? Weil man seit dem Schulunterricht durchaus nichts mehr hinzugelernt hat. Die Predigt als doctrina hat völlig versagt.

Nicht Predigt, sondern Arbeitsgemeinschaft

Der Pfarrer von St. Johann in Saarbrücken versprach sich etwas von einer anderen Methode. „Ganz anders antwortet der heutige Mensch dann, wenn in einer Arbeitsgemeinschaft gemeinsam in Rede und Gegenrede ein vorher gehörtes Referat über irgendein zeitgemäßes Thema durchgearbeitet wird“. Durch diese Methode werde die Aktivität geweckt, die in der Tat Voraussetzung jeder geistigen Aneignung ist; denn der Geist des Menschen wird ja spontan tätig. Weiter, dachte der Saarbrücker Pfarrer, wird bei der arbeitsgemeinschaftlichen Methode ein schwerer Komplex des heutigen Laien abreagiert, nämlich der der Unterlegenheit gegenüber dem Mann auf der Kanzel. Daß es einen Inferioritätskomplex des Laien gegenüber dem Pfarrer gibt, wissen alle, ob geistlich oder weltlich, die nicht selbst Pfarrer sind, und auch viele Pfarrer. Auf dem letzten Katholikentag fiel ja das Wort von den pfarrlichen Pseudobistümern. In St. Johann erstrebte man also in aller Demut die neue Ebene: die Ebene der Gleichberechtigung, die Ebene des mündigen Christen. Der Pfarrer stieg, wie die „Trierer Theologische Zeitschrift“ unter Josef Höffners Schriftleitung sagt, „von seiner gottgeweihten Höhe“ herab. Er riskierte damit große Unbequemlichkeiten: offenes Urteil und Kritik. Aber es zeigte sich, „daß auch der Priesterstand an solch einer mündigen Laienschaft wächst und daß durch die Teilung der Verantwortung seine Autorität nicht zurückgeht“.

Der Glaube aus dem Hören

Gegen den Saarbrücker Versuch könnte man sogleich einwenden, daß er nicht tief genug ansetze. Schließlich werde da auch nur geredet, wenn auch in anderer Form. Also: Intellektualismus und Rationalismus in neuem Gewand! Der den Versuch wagte, kann sich jedoch recht-

fertigen. Er braucht nicht erst neu hervorzuheben, daß nach Paulus der Glaube vom Hören kommt, daß also die Erweckung des Glaubens durch das Wort (und nicht nur durch die soziale Tat!) Anordnung Christi ist. Doch wird er mit Recht betonen, daß alles darauf ankommt, was man eigentlich mit dem Reden erreichen will. Es geht nicht um „Bildung“ im herkömmlichen Sinne, nicht um ein Stopfen von Wissenslücken. Am besten lassen wir diesen Pfarrer mit seinen eigenen Worten sagen, worum es ihm ging. Im Pfarrbrief an seine Gemeinde schreibt er: „Wir wollen zu der Quelle, die Christus ist, hingehen, um zu trinken“. Damit sagt er sicher etwas sehr Wesentliches. Der Herr hat ja die Frau von Samaria durch den Dialog bekehrt. Und dieser Dialog berührte, wie jeder echte Dialog, im Vorübergehen sehr verschiedene Gegenstände und kam doch zum Ziel. So kam es denn dem Saarbrücker Pfarrer nicht so sehr auf die Gegenstände an. Er wählte sie nach ihrer vordergründigen Wichtigkeit, nach dem mutmaßlichen Interesse usw. aus. Sie waren ihm nicht Zweck, sondern Weg, auf dem er seinen Zweck erreichen wollte.

Für die Leser dieses Berichtes wird es hoffentlich einigermaßen überzeugend wirken, was die „Trierer Theologische Zeitschrift“ über die Teilnahme sagt: „Es war nicht immer der gleiche Kreis von Zuhörern bei den verschiedenen Arbeitsgebieten, und es waren keineswegs die Uninteressiertesten, die eine besondere Auswahl unter den verschiedenen Stoffen trafen . . . Der Zuhörerkreis war . . . über die eigentlichen Laienhilfskräfte der Pfarrei hinausgewachsen und bestand aus jung und alt, hoch und nieder, Männern und Frauen; aus sehr belesenen und vielseitig gebildeten Menschen ebenso wie aus dem ganz schlichten Besucher, der einfach kam, um zu hören und zu lernen“.

Vielfältige Themen, doch nur ein Ziel

Von den Themen, die man als Mittel der Verkündigung geeignet fand, seien folgende genannt: „Zeitfragen und Grundbegriffe“ (Zölibat, Priesterliche Persönlichkeit, Rechts- und Liebeskirche); „Geistige Grundlagen des 18. und 19. Jahrhunderts“; „Soziale Frage“ (Betriebsverfassung, Kommunismus); „Christliche Kunst“; „Liturgie“ (Mahl- oder Opfergemeinschaft, Gemeinschaftsmesse, Abendmesse, Landessprache in der Messe); „Ausgewählte Bibeltexte“.

Die Arbeitsgemeinschaften klangen in Feierstunden aus, zu denen an Sonntagabenden zahlreiche Zuhörer strömten. Zu diesen Feierstunden scheute der Pfarrer keine Mühe, alles aufzubieten, um sie zu Ereignissen zu machen, sowohl im Programm wie in der Wahl der Redner.

Mündigkeit der Laien

Als Ergebnis einer bisher zweijährigen Arbeit in dieser Form stellt die „Trierer Theologische Zeitschrift“ fest: „Obwohl auch mit dieser Form der Seelsorge, der ‚Kirchlichen Laienschulung‘, der kirchenferne Christ noch selten erreicht wird, so ist doch in den kirchentreuen Besuchern dieser Abende eine Wendung zur Mündigkeit, zur apostolischen Mitverantwortlichkeit geschehen, die sicherlich in die Räume hineinstrahlen wird, die scheinbar noch nicht zu erreichen sind. Wenn ungeschulte Menschen, die nie vor einem größeren Kreis von Zuhörern, erst recht nicht vor dem ‚Herrn Pastor‘, ein Wort zu sagen wagten, jetzt lebhaft in die Debatten eingreifen, wenn einem

manchmal ganz ergriffen gestanden wird, daß man mit neuen Augen sehen gelernt habe, wenn in der Wirtschaft verantwortlich tätige Leute ernsthaft ihr soziales Gewissen überprüfen und ihre Methoden christlich zu korrigieren bemüht sind, wenn aus dem passiven Predigthörer dem Prediger das aktive Gegenüber erwächst, an dessen Echo die kirchliche Wortverkündigung sich erwärmt und zündend wird . . ., wir haben in diesen Jahren froh verspürt, daß Sein Geist es ist, der lebendig macht“.

Laienapostolische Woche „Du und die zehn Gebote“

Ein interessantes Experiment führte der Essener Katholiken-Ausschuß in der Woche vom 15. bis 22. Oktober

durch: er veranstaltete mit 63 Laiensprechern, darunter 17 Frauen, eine laienapostolische Woche unter dem Thema „Du und die zehn Gebote“. Plakate und Pressehinweise sorgten neben Kanzelverkündigungen für eine gute äußere Vorbereitung und machten die Öffentlichkeit auf diesen für Deutschland neuen Weg aufmerksam. Während Priester in 25 Pfarrkirchen der Stadt allabendlich Predigten über die Gottesgebote vom Sinai hielten, sprachen über dasselbe Thema Laien, und zwar Männer und Frauen aller Stände und aus allen Berufen, in öffentlichen Versammlungsräumen, Wirtschaften und Schulen. Akademiker, Beamte, Lehrer waren unter den Laienrednern ebenso vertreten wie Handwerker, Arbeiter und Hausfrauen. Auch Ratsherren erklärten sich zur Mitarbeit bereit. In dieser einen Woche wurden insgesamt 272 Abende mit Vorträgen über die einzelnen Gebote von Laien bestritten.

In vier Arbeitskreisen, die sich über etwa vier Monate erstreckten, hatten sich die Laiensprecher vorher zusammengefunden und waren in wochenlangender Vorbereitung — jeweils unter Anleitung eines Theologen — in die von ihnen übernommene Aufgabe hineingewachsen. Der Erfolg dieses neuen Weges katholischer Lehrverkündigung war derartig gut, daß der Essener Katholiken-Ausschuß eine ähnliche Aktionswoche, wiederum unter dem Gesamthema „Du und die zehn Gebote“, demnächst (voraussichtlich zum Beginn der Fastenzeit) in den restlichen 33 Pfarrbezirken der Stadt durchführen will. Dieser für Deutschland erste Versuch planmäßiger laienapostolischer Breitenarbeit ist nicht nur erregend-neu, sondern spornt auch — wie bereits Zuschriften aus anderen Städten und Bistümern zeigen — zum Nachahmen an.

Die österreichischen Bischöfe zu aktuellen Fragen

Die am 21. und 22. November in Wien tagende Herbstkonferenz der österreichischen Bischöfe hat, abgesehen von einer Reihe innerkirchlicher Fragen, auch zu drei aktuellen Fragen des öffentlichen Lebens Stellung genommen: zur Eherechtsfrage, zum Problem der Volksdeutschen und zum Problem der ehemaligen Nationalsozialisten.

Das österreichische Eherecht

In der Frage des Eherechtes nahmen die Bischöfe ihre Weisung aus dem Jahre 1938 ausdrücklich zurück, wonach die Geistlichen verpflichtet waren, eine kirchliche Trauung erst nach Vollzug der standesamtlichen vorzunehmen. Die Bischöfe erklären, daß künftig jeder Fall eines Nachsuchens um kirchliche Trauung ohne vorangehende standesamtliche Trauung dem Ordinarius

vorzulegen ist, der nach Prüfung des Falles Erlaubnis oder Auftrag zur Vornahme der kirchlichen Trauung erteilt.

Mit dieser Weisung an den Klerus haben die Bischöfe einen neuen Vorstoß unternommen, das noch immer geltende nationalsozialistische Eherecht in einem wichtigen Punkt abzuändern. Denn noch immer besteht jener Paragraph 67 des reichsdeutschen Personenstandsgesetzes, der eine Strafsanktion gegen Priester vorsieht, die eine kirchliche Trauung ohne vorhergehende standesamtliche Vornehmen. Noch dazu ist jener Paragraph 67 in verschärfter Form nach Österreich übertragen worden, da die reichsdeutsche Fassung dieses Paragraphen nicht nur im Fall der Todesgefahr, sondern auch im Fall des „sittlichen Notstandes“ eine Ausnahme von der Vorschrift der vorhergehenden standesamtlichen Trauung zuläßt.

In Anwendung dieses verschärften Paragraphen 67 wurden im April dieses Jahres in Vöcklabruck (Oberösterreich) zwei Geistliche, der Pfarrer und der Kaplan, zu bedingten Arreststrafen verurteilt, weil sie ein Brautpaar, das die für die standesamtliche Trauung erforderlichen Dokumente aus dem Ausland nicht beschaffen konnte und seit längerem im Konkubinat lebte, kirchlich getraut hatten. Die Verurteilten legten die Nichtigkeitsbeschwerde ein, wurden aber vom Obersten Gerichtshof abgewiesen. Es versteht sich, daß der Unwille des katholischen Volkes sich besonders gegen diesen Paragraphen 67 richtet, zumal dieser offenkundig gegen die verfassungsmäßig garantierte Religions- und Kulturfreiheit verstößt, indem die Spendung eines Sakramentes letzten Endes von einer behördlichen Bewilligung abhängig gemacht ist, die auch verweigert werden kann.

Das Echo auf die Erklärung der Bischöfe war auf sozialistischer Seite sehr unfreundlich. Ein Leitartikel in der „Arbeiterzeitung“, dem Zentralorgan der SPÖ (vom 25. Nov.) nannte den Beschluß der Bischöfe eine Herausforderung und unterschob ihnen ganz zu Unrecht die Absicht, die obligatorische kirchliche Trauung, die auch vor dem Forum des Staates keine Scheidung zuläßt, einführen zu wollen. Die Bischöfe werden offen beschuldigt, die Staatsbürger „zur Mißachtung der staatlichen Gesetze anzueifern“ und einen „Kulturkampf“ heraufzubeschwören, statt gegen die Not und Ausbeutung des Volkes aufzutreten.

Wesentlich freundlicher im Ton, aber ebenso ablehnend in der Sache, war die Antwort, die der sozialistische Justizminister Dr. Tschadek in einer Wählerversammlung im Burgenland am 24. November gab. Er erklärte, daß im Staate eine einheitliche Ehegesetzgebung für alle Staatsbürger bestehen müsse; es erscheint ihm völlig ausgeschlossen, daß es kirchliche Ehen gibt, die vom Staat nicht anerkannt werden können. Solche Ehen müßten zu dauernden Schwierigkeiten führen. Minister Tschadek versicherte, daß seine Partei keinen Kulturkampf wolle. Er selbst sei Katholik — es ist das erste Mal, daß ein sozialistischer Minister in der Öffentlichkeit so spricht — und habe in seiner politischen Laufbahn niemals versucht, der Kirche Schwierigkeiten zu bereiten. Er wolle der Kirche ihr Amt nicht erschweren, doch er appelliere an die Bischöfe, auch ihrerseits die Aufgabe des Staates nicht zu erschweren. „Der Kulturkampf“, so sagte Minister Tschadek weiter, „hat dem

Staat und der Kirche nur Schaden gebracht. Bemühen wir uns doch, gemeinsam eine Ebene zu finden, die die Religion hinaushebt aus der Politik des Alltags!“ Ist diese Formulierung nur eine schöne Umschreibung der alten sozialistischen These „Religion ist Privatsache“, oder kommt hier ein echter Verständigungswille zum Ausdruck? Bei allem Festhalten am sozialistischen Standpunkt ist der Ton der Rede so gehalten, daß ein Gespräch, eine Fühlungnahme zwischen Kirche und Staat nahegelegt wird.

Es traf sich, daß tags darauf die große Herbstkundgebung der Katholischen Aktion Wiens mit dem Thema „Notschrei der Familie“ stattfand, auf welcher Erzbischof Koadjutor Dr. Franz Jachym das Schlußwort übernommen hatte. Das Thema „Familie“ bot ihm Gelegenheit, auch zur Frage des Eherechtes Stellung zu nehmen und Minister Tschadek zu antworten. Nach einleitenden Worten über die Not und Gefährdung der Familie, die letztlich in der Krise des Glaubens wurzelt, und über die Notwendigkeit materieller Hilfe für die Familie in Form von Familienausgleichskassen und staatlichen Kinderbeihilfen erklärte er, daß der Staat auch durch seine Gesetzgebung die Ehe schützen müsse.

„Es wäre töricht und überheblich zugleich, wollte er (der Staat) dabei nicht mit allen Institutionen zusammenarbeiten, die außer und neben ihm noch Macht über die Herzen der Menschen haben, insbesondere mit der Kirche.“ Es sei unverständlich, daß Kirche und Staat nicht zu gemeinsamer Beratung zusammentreten. Er sei persönlich überzeugt, daß sich die Kirche keineswegs verschließe. Wenn man staatlicherseits mit dem bestehenden Konkordat nicht einverstanden sei, sondern Änderungen wünsche, warum bemühe man sich nicht darum? „Auch für die Kirche und den Apostolischen Stuhl sind Konkordate nur Kompromisse, weder unveränderlich, noch vollständig und für alle Zeiten gedacht.“ Es könne jedenfalls nur verletzen, wenn man versuche, eine Regelung zu verewigen, die letztlich in der Gewalttat vom März 1938 ihren Ursprung habe. „Wenn gläubigen Katholiken“, so fuhr der Koadjutor fort, „der Eheabschluß in der Kirche als Gewissenspflicht aufgetragen ist, so könnte sich auch der modernste Staat damit zufriedengeben . . . Will man aber unbedingt eine Ergänzung oder Änderung, dann suche man sie ohne Einseitigkeiten auf dem vorgesehenen Wege! Jedenfalls verschanze man sich nicht hinter die in einem Staate gewiß notwendige Gleichheit des Rechtes für alle, denn auch der Katholik verlangt für seine Ehe keinen i-Punkt mehr an bürgerlichen Rechtswirkungen, als sie jedem anderen Bürger nach dem Gesetz zustehen.“

Dieser letzte Satz ist sehr wesentlich, da eines der Hauptargumente der Gegner die notwendige Einheitlichkeit des staatlichen Eherechtes ist, die durch Wegfall des Paragraphen 67 des Personenstandsgesetzes und durch eine fakultative kirchliche Trauung angeblich gefährdet ist.

Auf diese Rede antwortete die „Arbeiterzeitung“ mit einer kurzen, aber gegen den Koadjutor nicht unfreundlichen Notiz. Doch ist in der letzten Zeit durch eine neuerliche Erklärung des Justizministers in der Budgetdebatte des Nationalrates am 8. Dezember eine Verstärkung eingetreten, indem der Minister kategorisch erklärte, daß er am Paragraphen 67 festhalte; er sei be-

reit, die Probleme mit den Vertretern der Kirche freimütig zu erörtern, aber er sei nicht bereit, auf die Einheitlichkeit des Ehrechtes in Österreich zu verzichten.

Die Volksdeutschen und die ehemaligen Nationalsozialisten

Die Stellungnahme der Bischöfe zum Problem der Volksdeutschen und der ehemaligen Nationalsozialisten wurde in Form eines Briefes an Bundeskanzler Figl der Öffentlichkeit mitgeteilt. Die Bischöfe erklären, daß hinsichtlich beider Probleme in nächster Zeit schwerwiegende Entscheidungen zu treffen sein werden, von denen es abhängen wird, ob sich die Betroffenen positiv zum Staate einstellen oder nicht. Was bisher über die Beratungen der beiden Probleme verlautet wurde, sei aber nur geeignet gewesen, die Erregung der Betroffenen zu steigern. Bei den Volksdeutschen handle es sich darum, ihnen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die eine ethische und rechtliche Forderung ist, und damit die Grundlage für eine staatsbürgerliche Existenz zu geben. Die schwere seelische Belastung eines gleichsam „vogelfreien“ Daseins müsse aufhören. Der Gedanke, den einheimischen Arbeitsmarkt vor der Konkurrenz der strebsamen Volksdeutschen schützen zu wollen, gehe nur vom Materiellen aus und stelle nicht den Segen in Rechnung, der sich aus einer großzügigen, der christlichen Nächstenliebe entsprechenden Haltung ergeben könnte.

Hinsichtlich des NS-Problems betonen die Bischöfe, daß der Anspruch der ehemaligen Nationalsozialisten, als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt zu werden, heute von keiner Partei mehr bestritten wird, daß aber trotz der Zusagen der Parteien vor den Wahlen bisher wenig geschehen ist. Die Bischöfe erklären in aller Öffentlichkeit, daß sie den Beschluß der Bundesregierung, von der Einbringung einer Amnestievorlage für Formaldelikte des NS-Gesetzes Abstand zu nehmen, da nicht mit der Zustimmung aller vier Besatzungsmächte zu rechnen sei, bedauern. Das Argument der Regierung werde von weiten Kreisen der Bevölkerung nicht anerkannt, da ja auch in der Frage des Staatsvertrages und in vielen anderen Fragen von der Regierung Schritte unternommen werden, die nicht die Zustimmung der vier Besatzungsmächte finden. Die Bischöfe verweisen ferner auf das zu Ende gehende Heilige Jahr und fragen, welchen Beitrag Österreich geleistet habe, daß das Heilige Jahr „ein Jahr der großen Rückkehr und des großen Verzeihens“ werde. „Berufenere als wir“, so schließt der Brief der Bischöfe, „haben das NS-Gesetz als Unrecht bezeichnet. Kann die Wiederherstellung des Rechtes als eine unzeitgemäße Milde angesehen werden? Noch ist es nicht zu spät und liegt es in der Hand der christlichen Politiker, Mittel und Wege zu finden, ein gegebenes Versprechen einzulösen und damit das Vertrauen weiter Volkskreise wiederherzustellen.“

Problem: Wie kann die Freiheit vor der totalen staatlichen Organisation gesichert werden? sehr allgemein an, während die Erarbeitung konkreter Lösungen und Vorschläge den gleichzeitig tagenden Arbeitsgemeinschaften übertragen war.

Technokratie und Freiheit

Die Eröffnung der sozialen Woche erfolgte in festlichem Rahmen im Prälatensaal des Wiener Schottenstiftes durch Kardinal Innitzer unter Anwesenheit von Bischof Leo Pietsch von Graz und Vertretern des Sozial- und des Unterrichtsministeriums. Daran schloß sich als erster Vortrag der des Präsidenten des Sozialwerkes, Univ.-Prof. Ferdinand Westphalen, über „Wege sozialer Aktivität“ an. Der Vortragende ging von der Tatsache aus, daß trotz einer jahrzehntelangen intensiven Sozialpolitik die soziale Zerrissenheit nicht behoben worden ist. Diese ist eben nicht eine Frage dieser oder jener Maßnahmen, sondern liegt in unserer ganzen Lebenskrise begründet: im Verlust der Fähigkeit, aus den Kräften der Persönlichkeit, d. h. aus den Kräften der Freiheit eine Ordnung zu schaffen. Die soziale Frage ist heute vor allem die Frage, wie in der zu schaffenden Ordnung die echte menschliche Freiheit, die heute aufs äußerste bedroht ist, gesichert werden könne. Der Großteil der Menschen kann sich Ordnung nur mehr als totale Organisation vorstellen, was auch die verschiedenen Zukunftsromane verraten. So steigt das Bild der „Technokratie“ vor uns auf, in der alles organisiert und geplant und der Mensch nichts als ein berechenbares Teilchen einer riesigen Maschine ist. Prof. Westphalen sieht das Wesentliche, was gegen diese Tendenz getan werden kann, darin, daß die noch vorhandenen Bastionen echter Freiheit und Verantwortung erhalten bleiben, nämlich die Familie und das Eigentum. Dazu komme als Drittes die Belebung der kleinen Gemeinschaften, denen die Möglichkeit gegeben werden müsse, in Selbsthilfe, ohne Anrufung des Staates, soziale Ordnung zu schaffen. Dadurch wird echte soziale Freiheit und soziale Verantwortung geweckt und in täglicher Bewährung jene Haltung gefördert, die allein imstande ist, die Bedrohung der Freiheit abzuwehren.

Auch Univ.-Prof. Johannes Meßner — der eben aus England nach Wien zurückgekehrt und in letzter Zeit vor allem durch sein Standardwerk „Das Naturrecht“ hervorgetreten ist — stellte das Problem der Freiheitssicherung in die Mitte seiner Ausführungen. Er verwies auf die nicht wenigen Stimmen, die sagen, daß im Zug der fortschreitenden Technisierung der Gesellschaft die Sache der Freiheit endgültig verloren sei. Nicht von außen komme die Gefahr, sondern aus unseren eigenen Reihen: aus der wachsenden Bürokratisierung und nicht zuletzt aus der Leugnung der Willensfreiheit, die die These des 19. Jahrhunderts war und auch heute noch von mächtigen Strömungen in der westlichen Welt vertreten wird. Denn wenn es in Wahrheit keine Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Individuums gibt, erhalten mit Notwendigkeit die kollektiven Mächte das Übergewicht.

Als Ausweg aus dieser Krise nannte Prof. Meßner einerseits — wie Prof. Westphalen — die Aktivierung der kleinen Gemeinschaften, womit eine Dezentralisierung und Entbürokratisierung sowie eine Stärkung der Einzelinitiative und Einzelverantwortung bewirkt wird, an-

Erste Österreichische Soziale Woche Unter dem Leitwort „Freiheit und soziale Sicherheit“ tagte in Wien vom 18. bis 22. Oktober die Erste Österreichische Soziale Woche. Veranstalter war das Katholische Sozialwerk für Österreich, das damit ein Unternehmen ins Leben rief, von dem zu hoffen steht, daß es im Laufe der Jahre zu ähnlicher Bedeutung aufwächst, wie sie die „Sozialen Wochen“ Frankreichs und Italiens schon seit langem besitzen. Die öffentlichen Vorträge faßten das

dererseits eine Idee der Freiheit, die nicht mehr, wie im vergangenen Jahrhundert, als negative Freiheit, zu tun, was einem beliebt, sondern als sittliche Verantwortung begriffen wird.

Fürsorgestaat und kleine Gemeinschaften

Von den weiteren Vorträgen war der von Prof. André Pietre (Straßburg) am interessantesten. Er sprach über „Soziale Aktionen in Frankreich“ und hob sowohl die Größe des Geleisteten wie die Gefahren hervor, die sich aus der umfassenden Fürsorge des Staates ergeben. Der gesamte Sozialaufwand Frankreichs (für Krankheit, Unfall, Alter, Familienzulagen) erreicht jährlich eine Summe von 1000 Milliarden Francs (davon 400 Milliarden für Familienzulagen) und kommt damit fast der Höhe des Staatsbudgets gleich. Daß dadurch die Wirtschaft schwer belastet und die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland erheblich beeinträchtigt wird, liegt auf der Hand. Die größte Gefahr dieser Entwicklung besteht aber darin, daß alle Sorge und Verantwortung auf den Staat geworfen und die Einzelinitiative und -verantwortung geschwächt wird. Die Lösung dieser Schwierigkeit — die Sozialversicherung kann ja nicht abgeschafft werden, die Familien könnten ohne die Zulagen gar nicht existieren — sieht Prof. Pietre in Übereinstimmung mit Prof. Westphalen in der Übertragung von staatlichen Funktionen auf die Menschen, die mit der Sache selbst zu tun haben. Betriebsgemeinschaften und örtliche Gemeinschaften könnten sehr viele Funktionen der staatlichen Verwaltung übernehmen.

Somit wiesen alle Vorträge in die gleiche Richtung: Der Tendenz zur totalen staatlichen Organisation, der großen Gefahr unserer Zeit, könne dadurch begegnet werden, daß einerseits persönliche Initiative und Verantwortlichkeit geweckt wird, andererseits die kleinen Gemeinschaften belebt und mit sozialpolitischen Aufgaben betraut werden. Darüber hinaus bedarf es eines erneuerten sozialen Denkens und eines richtigen Freiheitsbegriffes.

Einzelfragen der Praxis

Im Anschluß an den letzten Vortrag legten die vier Arbeitsgemeinschaften, die im kleinen Kreis geladener Persönlichkeiten getagt hatten, ihre Ergebnisse vor. Der Arbeitskreis über „Das Recht auf Arbeit und die Politik der Vollbeschäftigung“, geleitet von Univ.-Prof. Degenfeld-Schonburg, stellte fest, daß die Arbeitslosigkeit unter der Jugend weit größer ist als unter den Erwachsenen (10—15% bei der männlichen und 20 bis 25% bei der weiblichen Jugend gegen 5—6% bei den Erwachsenen) und daß verschiedene sozialpolitische Schutzmaßnahmen zu Gunsten der Jugendlichen sich in Wahrheit gegen diese richten, da sich die Lehrlingshaltung vielfach nicht mehr lohnt. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit befaßte sich der Arbeitskreis mit dem Vorschlag der „Werksschule“ von Dr. Rittinger; eine Schule, welche eine Erziehungs- und Bildungsarbeit leistet und zugleich ihre Schüler halbtägig in Arbeit schickt, so daß die doppelte Anzahl Jugendlicher in Arbeit und zugleich in Ausbildung stehen könne. Der Plan wurde nach sorgfältiger Prüfung der Einwände gebilligt. In der Frage der Vollbeschäftigung sieht der Arbeitskreis die sogenannte aktive Budgetpolitik: erhöhte Steuern in Zeiten der Prosperität und erhöhte staatliche Investitionen in Zeiten der Depression, als

eine zwar wichtige, aber keineswegs ausreichende Maßnahme zur Sicherung der Vollbeschäftigung an.

Der zweite Arbeitskreis über „Probleme der betrieblichen Sozialpolitik“ unter Leitung von Prof. Dr. Walter Heinrich setzte sich vor allem für die Schaffung kleinerer Gemeinschaften im Betrieb (Arbeitskameradschaften, Gruppenerzeugung u. ä.) ein. Dadurch wird wieder der Mensch als Person in den Mittelpunkt des Betriebes gestellt. Bei den Unternehmern müßte das Verständnis für die Fragen der Menschenführung geweckt werden, wofür Zusammenkünfte und Kurse wichtig wären. In der betrieblichen Sozialpolitik dürfe der Betreute nicht passives Objekt sein. Viele sozialpolitische Aufgaben könnten aus den Zentralen in die Betriebe bzw. in örtliche Verbände verlegt werden.

Der Arbeitskreis „Die Genossenschaft als ein Weg zur Sozialreform“, geleitet von Dr. Karl Kummer, leugnete nicht die Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung dieses Prinzips entgegenstellen: die gemeinsame Gegnerschaft der Marxisten wie der Liberalen, die Schwierigkeit der Kapitalbildung und die Hemmnisse von seiten der Steuerbehörden, die bestrebt sind, den Ertrag möglichst ganz wegzusteuern. Der Weg zur Vergenossenschaftung muß vorsichtig begangen werden. Die bisherigen Erfahrungen sind aber ermutigend. Viel Aufklärung wird freilich noch geschehen müssen, bei den Arbeitern wie bei den Unternehmern. Doch der Weg der Genossenschaft — das war die Überzeugung aller Teilnehmer — wird sich als ein Weg in die Zukunft erweisen.

Der vierte Arbeitskreis endlich, unter der Leitung von Zentraldirektor Walter Kamschal, handelte von den „Fragen der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitersiedlung“. Man setzte sich entschieden für das Wohnungseigentum in Form von Siedlungshäusern sowie von Stockwerkeigentum ein. Weitere Forderungen waren der Ausbau der diözesanen Siedlungswerke und der Abbau bürokratischer Bestimmungen und die Ermäßigung der Gebühren.

Zum Schluß richtete Prof. Rudolf Henz, der Präsident der Katholischen Aktion, ein Mahnwort an die Teilnehmer: nicht der Gefahr zu erliegen, der schon viele Initiativen im katholischen Raum erlegen sind, nämlich es bei den Worten bewenden zu lassen. Vielleicht kann nur ein kleiner Teil des Gesagten verwirklicht werden, dieser Teil aber *muß* verwirklicht werden, wenn die Kirche in die Welt hineinwirken will.

Die **SOS-Gemeinschaft** Seit 1. Januar dieses Jahres arbeitet in Wien, I., Herrngasse 14, die SOS-Gemeinschaft. Sie entstand aus der Initiative eines Kreises junger Katholiken, die sich das Wort P. Lombardis, das er bei seinem Abschied von Wien im vorigen Herbst gesprochen hat, „Tut etwas!“, zu eigen gemacht haben. Seit dem 1. Januar wurde (mit Einschluß der mitbeteiligten Frauen und Kinder) 8000 Menschen geholfen. 130000 Schillinge (Stand Anfang Dezember) wurden bisher aufgewendet, eine Unmenge von Kleidern, Wäsche, Schuhen, Hausrat und Möbeln verteilt und in nicht wenigen Fällen Medikamente beschafft oder ein Heilstättenaufenthalt ermöglicht. Täglich werden bei der SOS-Gemeinschaft 6—7 Pakete mit Wäsche und Kleidern im Gesamtgewicht von 100—120 kg abgegeben und an die Hilfsbedürftigen verteilt. Die Geber sind in

der Hauptsache der Mittelstand: Angestellte, Beamte und freie Berufe.

Das Besondere der SOS-Gemeinschaft, das sie von anderen caritativen Werken unterscheidet, besteht darin, daß die einzelnen Notstandsfälle in den Wochenzeitschriften „Das offene Wort“ und „Die Furche“ der Öffentlichkeit mitgeteilt werden und deren Hilfsbereitschaft aufgerufen wird. Denn gegenüber der allgemeinen und anonymen Not unserer Zeit sind die Menschen gleichsam stumpf geworden in natürlicher Abwehrhaltung gegen Dinge, die von ihnen nicht geändert werden können, die aber, in voller Schärfe gewußt, eine unerträgliche Beunruhigung ihres Lebens darstellen würden. Im konkreten Fall könnte jedoch geholfen werden: durch mich, durch meine Freunde und Bekannten, durch eine erschwingliche Geldsumme, durch den Verzicht auf eine nicht lebensnotwendige Anschaffung, durch Abgabe gebrauchter Kleider und Möbel usw. Es hat sich erwiesen, daß die Hilfsbereitschaft gerade des Mittelstandes, der ja in Österreich durch die politische Säuberung und durch die Unterbewertung der geistigen Arbeit besonders schwer getroffen wurde, noch sehr groß ist. In den meisten Fällen wird mehr gegeben, als für den geschilderten Fall gebraucht wird. Und — was für die Entwicklung des Werkes sehr bezeichnend ist — das Aufweisen konkreter Notstandsfälle hat die Gebefreudigkeit so gesteigert, daß derzeit schon 80 Prozent der Spenden ohne nähere Bestimmung eingehen. Mehrere Wiener Firmen steuern regelmäßig Naturalgaben bei.

Geholfen wird in erster Linie Familien, in zweiter Linie den alten Leuten und dann den Verwahrlosten. Wöchentlich sind es etwa 350 Menschen, denen in mehr oder minder großem Ausmaß geholfen werden kann. Die Notstandsfälle werden durch Caritas-Schwestern erhoben, um die Zahl der unehrlichen Hilfesucher, die sich natürlich auch herandrängen, in engen Grenzen zu halten. Ganz vermeiden kann man ja diese Fälle nicht.

Die SOS-Gemeinschaft untersteht bei aller Selbständigkeit ihrer Führung der Diözesancaritas. Die Gehälter der Angestellten werden zum größten Teil durch Spenden aufgebracht.

Wie dringend heute die caritative Hilfe ist, erhellt aus folgenden Zahlen: 1 Million Menschen leben heute in Österreich unter dem Existenzminimum (auch wenn man dieses sehr niedrig mit 200 Schillingen pro Kopf ansetzt), darunter 350 000 Sozialrentner. Nach amtlichen Schätzungen fehlen in Österreich 250 000 Wohnungen. Dabei verfallen jährlich mehr Wohnungen, als gebaut werden. 62 000 Menschen wohnen noch immer in Flüchtlingslagern, und 6000 Menschen in Wien warten auf die Einweisung in ein Asyl.

Die Katholische Aktion in der Diözese Linz

Der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg Oberösterreichs hat eine Parallele in der erstaunlichen Aktivität

im kirchlich-religiösen Bereich. Vordem ein Gebiet rein bäuerlicher Prägung und eines sehr konservativen Katholizismus, gehört nun Oberösterreich bzw. die Linzer Diözese zu denjenigen österreichischen Diözesen, in denen die Katholische Aktion mit ihren Gliederungen und Werken am weitesten ausgebaut und intensiviert ist.

Als Krönung jahrelanger Arbeit fand am 22. Oktober in Linz der erste Diözesantrag der Katholischen Aktion

statt, an welchem 900 Delegierte aus allen Gliederungen teilnahmen. Vorangegangen war ein gemeinsamer Hirtenbrief der beiden Bischöfe, des Diözesanbischofs Dr. Calasanz Fliëßer und seines Koadjutors Dr. Franz Zauner, über Wesen und Ziel der Katholischen Aktion, in welchem die Bischöfe den Appell des Heiligen Vaters an den italienischen Episkopat aufnahmen und Priester und Volk zum Aufbau der vier fundamentalen Gliederungen der KA aufforderten.

Auf dem Diözesantrag wurde zunächst über den Stand der einzelnen Gliederungen berichtet. Die Katholische Jugend (14—25jährige) zählt 9900 Burschen und 14 600 Mädchen, die Katholische Jungschar 5900 Buben und 7700 Mädchen. Die männliche Katholische Mittelschuljugend (KMJ) hat 31% sämtlicher katholischer Mittelschüler des Landes erfaßt, die Katholische Arbeiterjugend (KAJ) verfügt über eine Anzahl sehr aktiver Gruppen, und 35 von ihren Aktivisten bereiten sich auf das Priestertum vor. Was die Männerbewegung betrifft, so gibt es in allen Pfarreien Männerausschüsse, in manchen sogar regelmäßige Männerrunden. Durch eine große Werbeaktion konnte die Abnehmerzahl des „Volksboten“ (Innsbruck) seit Mai 1949 von 800 auf 6200 gesteigert werden. Mit der Frauenarbeit wurde in 60% der Pfarren bereits begonnen; von der Frauenzeitschrift „Licht des Lebens“ werden 10 000 Stück abgesetzt. Von den Werken der KA ist vor allem das Bildungswerk zu nennen, das über den Bereich der Hauptstadt hinausgewachsen ist und 30 Filialstellen im Lande besitzt. Ein biblisch-theologischer Laienkurs zählt 80—100 Teilnehmer. Ein Filmarbeitskreis beliefert mit seinen Gutachten 170 Stellen im Lande. Das sind Zahlen, die allein schon eine Vorstellung vermitteln von dem, was hier in wenigen Jahren aufgebaut worden ist. Nicht minder wichtig ist, daß in allen Sparten eine verantwortungsbewußte Laienführerschaft zur Verfügung steht.

Der Diözesantrag bezeichnete auch die Entscheidung für eine Reihe von grundsätzlichen Fragen, die in den vergangenen Jahren der KA zu lösen aufgegeben waren. Nicht theoretische Erörterungen hatten am Anfang gestanden, sondern die praktische Arbeit, und aus dieser erfolgte nun die Entscheidung.

In der Fragestellung: unmittelbare Seelsorge durch den Priester mit rein religiösen Mitteln oder auch mittelbare Seelsorge durch den Laien mit Zuhilfenahme natürlicher Mittel wie Gemeinschaft, Spiel, Sport erfolgte die Antwort zu Gunsten der zweiten Methode (die, wie eigentlich überall in der KA Österreichs, am ausgeprägtesten in der katholischen Jugend gepflegt wird). In der Frage: Elitenbildung oder Organisierung des katholischen Volkes, sowie in der Frage: KA als offene und daher unverbindliche Gemeinschaft oder KA als festgefügte Organisation mit eindeutig erfaßbaren Mitgliedern und klar umrissenen Verpflichtungen, fiel die Entscheidung jeweils für die zweite Alternative.

Das Neue, das dieser erste Diözesantrag brachte, kann in folgende drei Sätze zusammengefaßt werden: 1) Die bisherige Entwicklung wurde klar herausgestellt und die durch die Praxis der vergangenen Jahre gewonnene Arbeitsweise für die ganze Diözese verbindlich gemacht. 2) Mit der organisatorischen Erfassung des katholischen Volkes soll laut bischöflichem Auftrag Ernst gemacht werden. Für die Jugend ist dies nichts Neues, da sich bestimmte Formen der Aufnahme bereits herausgebildet

haben und ein Monatsopfer üblich geworden ist. Neu aber ist die Sache für die Männer und Frauen. Die Statuten der einzelnen Gliederungen legen fest, wie man Mitglied wird, welche Verpflichtungen sich daraus ergeben, wie hoch der finanzielle Beitrag ist. 3) Die Bischöfe haben alle, die es hören wollen, eindeutig zur Katholischen Aktion, zum Eintritt in ihre Gliederungen aufgerufen: „Burschen und Mädchen, Männer und Frauen, Bauern, Arbeiter und Männer der Wirtschaft, Lehrer und Akademiker“, wie es in dem Hirtenbrief heißt. Seither werden in der ganzen Diözese Kleruskonferenzen abgehalten, auf denen der Koadjutor und die Referenten des Seelsorgeamtes den Klerus über die Ergebnisse des Diözesantages und die nun aufzunehmende Arbeitsweise informieren. Ähnliche Tagungen finden in den Dekanaten für die Laienführung, insbesondere für die Männer statt.

Aus Süd- und Westeuropa

**Die Bedeutung
des Buches im Zeit-
alter des Films**

Der Heilige Vater hat am 12. Dezember die in Rom zu einem Kongreß versammelten katholischen Verleger empfangen und an sie eine kurze Ansprache über die Bedeutung des Buches in der heutigen Zeit gerichtet. In dieser Ansprache sagte er:

„Wir leben in einer Zeit des Films und des Fernsehens. Zweifellos haben beide einen beträchtlichen Teil der Zeit an sich gerissen, der früher dem gedruckten Wort gehörte. Und doch verleihen auch gerade sie dem guten Buch wiederum eine gesteigerte Bedeutung. Denn wenn wir auch die Bedeutung der Technik und Kunst des Films voll anerkennen, so bringt doch der einseitige Einfluß, den er auf den Menschen, vor allem die Jugend, durch seine fast ausschließlich visuelle Wirkung ausübt, eine solche Gefahr geistigen Niedergangs mit sich, daß man bereits beginnt, ihn als eine Gefahr für das ganze Volk zu empfinden. Um so mehr ist es daher Aufgabe des guten Buches, das Volk zu einem tieferen Verständnis der Dinge, zum Denken und Nachdenken zu erziehen.

Wir wünschen Ihnen daher ein immer tieferes Verantwortungsgefühl gegenüber dem Menschen, der Ihr Buch in die Hand nimmt und dessen höchster Wert, nämlich seine geistliche und sittliche Vervollkommnung, durch diese Lektüre gefördert und niemals geschädigt werden soll.“

**Vatikanische Kritik
an den Vereinten
Nationen**

Die Tatsache, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen einem von sieben Staaten eingebrachten Programm zur Stärkung des Einflusses der UNO zustimmte, in dem vor allem das Hindernis des berichtigten Vetos einer Großmacht im Sicherheitsrat beseitigt werden soll, gab dem „Osservatore Romano“ (25. 10.) Veranlassung zu kritischen Bemerkungen über die Grundlagen der Vereinten Nationen.

Die Krisis dieser Vereinigung der Völker, sagt er, hat ihren tiefsten Grund im Moralischen. Darum kann sie auch durch organisatorische Änderungen allein nicht behoben werden. Man muß zuvor anerkennen, daß Friede und Sicherheit nur auf der Grundlage der Gerechtigkeit

zustande kommen können, was der Papst der Welt seit 1939 unermüdlich einzuschärfen sucht. Die Wurzeln der gegenwärtigen Krise in der UNO reichen zurück in die Zeiten ihrer Gründung. Damals wurden die im übrigen wenig geschätzten sittlichen Werte „in Worten hoch erhoben, weil die Not des Augenblicks es forderte“. Eine innere Harmonie zwischen Politik und Moral wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt überzeugend sichtbar. Die Vereinten Nationen waren vielmehr beherrscht vom Gewicht der Großmachtinteressen.

Der „Osservatore Romano“ nennt zahlreiche Hinweise des Papstes auf die Notwendigkeit, daß man die Gerechtigkeit zur Grundlage politischer Entscheidungen machen müsse, und schließt: „Die gegenwärtigen Ereignisse geben den Worten Papst Pius' XII. einen prophetischen Klang... Niemals war es tatsächlich evidenter als jetzt, daß die Grundlagen der Gerechtigkeit moralische oder aber gar keine sind. Das zeigt sich an der traurigen Geschichte der UNO von 1945 bis zum heutigen Tage.“

**Der Kongreß
der Ordensleute**

Der Kongreß der männlichen Ordensgemeinschaften in Rom hatte von allen internationalen Zusammenkünften des Heiligen Jahres die größte Presse. Die Aufgabe dieser Versammlung war durch das Wort „aggiornamento“ ausgedrückt worden: Anpassung an die Bedürfnisse der Gegenwart. Ein Teil der Weltöffentlichkeit erwartete Sensationen. Man muß sich darüber wundern, daß es immer noch Publizisten gibt, die die katholische Kirche so wenig kennen. Davon abgesehen war aber das Interesse, das man gerade diesem Ereignis entgegenbrachte, sehr begründet. Und vielleicht hat niemand die Gründe besser dargestellt als P. Riccardo Lombardi in dem Aufsatz, den er im „Osservatore Romano“ am Vorabend des Kongresses veröffentlichte. Man weiß, daß Lombardi seit längerer Zeit schon das besondere Vertrauen des Papstes besitzt. Seine Äußerungen sind deshalb von mehr als privater Bedeutung.

In seinem Aufsatz im „Osservatore“ sagt P. Lombardi, weshalb die katholische Welt so gespannt auf diesen Kongreß horcht: Jedermann spürt und weiß, daß das Gefüge unserer Gesellschaft erschüttert ist. Die Welt kann bald sehr große Umwälzungen erleben. Niemand weiß, wie sie dann aussehen wird. Aber es muß uns alles daran gelegen sein, daß wir als Christen in diesem Augenblick unsere Pflicht erfüllen, daß wir zur Stelle sind, wenn und wo Entscheidungen fallen. Diese Bereitschaft wird von jedem einzelnen gefordert. Aber natürlich warten alle Katholiken auch auf das „aggiornamento“ der Kirche; denn der Katholik ist nun einmal gefühlsmäßig darauf eingestellt, daß die kirchliche Führung den Anstoß gibt. Deswegen sah die katholische Weltöffentlichkeit in diesem Ordenskongreß sozusagen einen Probefall. Die Ordensgemeinschaften sind, wie die Allgemeinheit sie sieht, der schlagkräftigste, aber auch der traditionsgebundenste Teil der militia Christi. Man hat das Gefühl, daß die Ordensgemeinschaften infolge ihrer Treue zum Überkommenen nicht immer in dem Maße „zur Stelle“ sind, wie sie es könnten, und daß deshalb ihr Potential nicht genug ausgenutzt wird. Man wußte andererseits, wie zartfühlend und vorsichtig die kirchliche Führung sich gerade gegenüber den Orden verhält und wegen der Unantastbarkeit der Gelübde

verhalten muß. Deshalb die Spannung, wie denn die Orden selbst in diesem Augenblick ihre Aufgabe sehen und welche Folgerungen sie ziehen würden.

Der Kongreß besaß keine förmliche Autorität, obwohl er von der päpstlichen Kongregation für das Ordenswesen einberufen worden war. Nur 35 Generaloberer von 150 Gemeinschaften nahmen daran teil. Es handelte sich um einen unverbindlichen Austausch der Ansichten und Erfahrungen zwischen den Ordensleuten. Jedoch waren hervorragende Vertreter aller Gemeinschaften anwesend und kamen zu Wort. Deswegen darf man die Ergebnisse des Kongresses als ein Votum werten, das von der Kirche nicht übergangen werden wird.

Was hat der Ordenskongreß erbracht? Man wird das wesentlichste Ergebnis darin sehen müssen, daß die Teilnehmer einmütig die Regeln und Traditionen ihrer Gemeinschaften dem aktuellen Bedürfnis der Kirche unterordneten. Es wurde wiederholt gesagt, der Heilige Stuhl als höchster Oberer aller Orden könne den einzelnen Gemeinschaften die zeitgemäße Form ihres Apostolates vorschreiben. Denn darüber bestand kein Zweifel, daß auch das Ordensleben in das Apostolat eingeordnet sein muß.

Wenn nun allerdings die Meinung geäußert worden ist, diese Einordnung könne zum Beispiel darin bestehen, daß die beschaulichen Orden verpflichtet würden, sich zu „betätigen“, oder gar daß sie in ihrer bisherigen Struktur nicht mehr länger bestehen bleiben würden, dann zeigen solche Äußerungen nichts weiter als ein grobes Mißverständnis des Apostolates. Immerhin hat es der Ordenskongreß für notwendig befunden, sich mit diesem Mißverständnis zu beschäftigen. Er hat von neuem bestätigt, daß Gebet und Sühne als einziger Lebensinhalt religiöser Gemeinschaften auch dann berechtigt sind und erhalten bleiben müssen, wenn es an Kräften für das tätige Apostolat mangelt.

Überhaupt macht es auf den außenstehenden Beobachter dieses Kongresses großen Eindruck, wie er sich darin einig war, daß das „aggiornamento“ der Methoden, von dem wir meist zuviel erhoffen, weniger wichtig ist als die reine Ausprägung der klösterlichen Ideale in einer Art und Weise, die unseren Zeitgenossen „einleuchtet“. Es wurden also manche Vorschläge für die Reform des Lebensstiles und der Aszese in den Klöstern vorgebracht, die unter diesem Gesichtspunkt „fällig“ und notwendig sind. Vielleicht betreffen sie weniger die männlichen als die auf dem Kongreß nicht vertretenen weiblichen Orden. Der Kongreß war damit einverstanden, daß die Aszese unserer Tage an die psychologischen und hygienischen Erkenntnisse unserer Zeit angepaßt werden soll und daß auch das Gebetsleben der kirchengeschichtlichen Entwicklung folgen muß, die zu einem neuen Erlebnis der Bibel und der Liturgie geführt hat.

Auch darüber bestand Einverständnis, daß die Erziehung des Ordensnachwuchses auf der Höhe der Zeit stehen müsse und daß überhaupt keine der modernen Erfindungen, handle es sich nun um das Telefon, das Auto, die Zeitung oder das Fernsehen, grundsätzlich aus dem Lebensbereich des Ordensmannes verbannt werden darf. Aber ebenso wurde die Gefahr gesehen, daß man schwer unterscheiden kann, inwieweit dies alles nützlich ist und wie bald es zu einem Vorwand wird, um eine geheime Welthörigkeit zu tarnen. Es kam dem Kongreß deshalb nicht so sehr darauf an, Regeln für den Gebrauch der

Dinge aufzustellen, als die Teilnehmer darin zu festigen, daß die evangelischen Räte auch heute in ungetrübter Reinheit stehen bleiben müssen.

Einige Berichte über den Kongreß heben besonders jene Bemerkungen hervor, die eine größere Zentralisierung befürworteten, sei es in der Weise, daß die päpstliche Kongregation mehr als bisher von ihren Rechten Gebrauch macht, sei es dadurch, daß eine stärkere Vereinigung autonomer Gemeinschaften angestrebt wird. Wir haben den Eindruck, daß man in dieser Frage mit großer Vorsicht verfahren wird, und mit Recht; denn Ordensgemeinschaften sind keine militanten Bataillone, die nach Bedarf eingesetzt werden können, sondern Gemeinschaften, die ihren Sinn und ihre Kraft in der Freiheit persönlichen Opfers besitzen, die zu respektieren wichtiger ist als eine geschäftige Aktionstaktik. Während des Kongresses wurde die apostolische Konstitution „Sponsa Christi“ veröffentlicht, die das „aggiornamento“ der weiblichen Orden zum Gegenstand hat. Ihre gemessenen Anordnungen sind wahrscheinlich ein Hinweis darauf, wie die Leitung unserer Kirche Tradition und Zeitbedürfnis zu vereinen sucht.

Der Kongreß über die Kirchenmusik Während des Heiligen Jahres hat in Rom auch ein internationaler Kongreß der Musica sacra unter der Leitung von Msgr. Anglès, dem Leiter des päpstlichen Instituts der Kirchenmusik, stattgefunden. Wir wollen hier nicht über alle auf diesem Kongreß behandelten Fragen berichten, sondern nur darauf hinweisen, daß die Notwendigkeit, alle Studien, Bemühungen und Initiativen im weiten Gebiet der Kirchenmusik aufeinander abzustimmen, sich immer lebhafter fühlbar macht. Man kann sagen, daß sich die Diskussionen des Kongresses hauptsächlich in drei Richtungen bewegten: 1. historische Forschung, Wiederbelebung und praktische Ausübung der liturgischen Musik; 2. die Orgel und ihre Rolle in der Kirche; 3. das Oratorium und die religiöse Musik, die den Gottesdienst begleitet. Man findet manchmal in Zeitungen und selbst in ernsthaften Zeitschriften die Behauptung, daß die Kirchenmusik heute den Museen angehöre und nicht mehr lebendig sei. Man hätte aber nur einmal einen Augenblick in einen der drei großen Säle des alten römischen Palastes hineinzuhören brauchen, in dem gleichzeitig die drei verschiedenen Gruppen des Kongresses tagten, um sich davon Rechenschaft zu geben, daß nichts falscher sein könnte als diese Behauptung.

Liturgische Musik

Als erstes: die musikwissenschaftlichen Forschungen sind noch in keiner Weise abgeschlossen. Man kann vielmehr sagen, daß sich in jedem Augenblick noch neue Gebiete voll großer Schwierigkeiten auftun. Wenn der gregorianische Gesang schon eine gewisse relative Systematisierung in der vatikanischen Sammlung gefunden hat und der ambrosianische auf gutem Wege dazu ist, so hat man doch über den byzantinischen noch keinerlei Überblick, noch viel weniger über den gallikanischen und den mozarabischen, von deren Existenz viele nicht einmal etwas wissen. Die Entzifferung der Neumen wird vielleicht immer eine Quelle unendlicher Diskussionen bleiben, bei denen es sich nicht nur um eine Frage im kirchlichen Raum, sondern um eine solche der Wissenschaft

handelt. So nahmen an diesen Diskussionen neben den Benediktinern und den bärtigen griechischen Mönchen von Grottaferrata auch so bekannte Musikwissenschaftler wie Egon Wellesz und Fausto Torrefranca teil, die alle von der gleichen wissenschaftlichen Leidenschaft erfüllt waren und damit das Interesse für diesen Gegenstand bewiesen.

Eine andere Frage, die sich im Gebiet des liturgischen Gesanges stets wieder erhebt, ist die, wie dieser Schatz von in ihrer unendlichen Mannigfaltigkeit dennoch einheitlichen Musikstücken in der ganzen Welt praktisch aufgeführt werden könne. Es ist bekannt, daß man seit der energischen Reform Pius' X. den gregorianischen Gesang einigermaßen im Geiste des Originales ausführen kann; aber wieviele Priester sind in der Lage, den musikalischen Text korrekt zu lesen und ihren Pfarrkindern beizubringen? In den Seminaren wird der musikalische Unterricht oft genug vernachlässigt oder zumindest zweitrangig behandelt. Solange nicht jeder Bischof einen Sachverständigen für liturgischen Gesang zu seiner Verfügung hat, der darüber wachen sollte, daß die Neupriester die grundlegenden Kenntnisse zur Ausführung des gregorianischen Gesanges lernen, wird der religiöse Hymnus immer wieder wie in der Vergangenheit gebürllt werden. Natürlich sind schwerwiegende materielle Hindernisse zu überwinden, um eine seit Jahrhunderten eingewurzelte Gewohnheit auszurotten. Der Kongreß hat bewiesen, daß diese Probleme praktisch mehr oder weniger in allen katholischen Ländern bestehen.

Die Orgel

Ähnliche Probleme bestehen hinsichtlich der Anwendung der Orgel. Dieses alte, gleichsam an die Existenz der Kirche gebundene Instrument wird nur zu oft durch ein Harmonium ersetzt, und man läßt die Orgel verfallen. Nicht alle Kirchen können natürlich eine großartige Orgel besitzen; aber vom musikalischen Standpunkt aus ist es ein großer Jammer, daß man viele alte Orgeln hat zugrunde gehen lassen, da diese selbst bei beschränkter Tastatur und Pedalen einen Reichtum an Klangfarben und Klangschönheit besitzen, den man bei modernen Instrumenten meistens vermißt. Lebhaft wurde auch die Verwendung der Hammond-Orgel diskutiert. Manche sehen in ihr die Rettung, andere wollen sie geradezu exkommunizieren. Man hat sich schließlich darauf geeinigt, sie für große Kirchen für geeignet zu halten.

Moderne Kirchenmusik

Der dritte Punkt war vor allem für den modernen Beobachter interessant: das Oratorium erfreut sich in der Tat eines neuen Interesses bei den modernen Komponisten. Andererseits allerdings erfordert die Ausführung nicht streng liturgischer Musik eine beachtliche musikalische Ausbildung und kann nur mit großer Vorsicht angewandt werden. Oft genug ist es in der Vergangenheit vorgekommen, daß man in der Kirche während des Gottesdienstes Kompositionen zu hören bekam von zwar äußerlich modernem Stil, die aber doch im Grunde nur ungeschickte Übertragungen profaner Musik auf den kirchlichen Anlaß darstellten. In Italien haben sie meist einen melodramatischen Charakter. Über diesen Punkt kann man unendliche Diskussionen führen, weil es sich in jedem einzelnen Fall darum handelt, ob man eine Komposition vom musikalischen

Standpunkt für einen bestimmten Gottesdienst zulassen kann oder nicht. Auch auf diesem Gebiet könnte die Zusammenarbeit der Geistlichen mit Kritikern, Musikwissenschaftlern und Kennern fruchtbar sein.

Zum Schluß sei nochmals betont, daß dieser Kongreß auch über den Kreis der Katholiken hinaus bei all denen, die die Bedeutung der Kirchenmusik begriffen haben, lebhafteste Teilnahme gefunden hat. Die Auffassung der Kongreßteilnehmer gegenüber den verschiedenen Problemen war erstaunlich einmütig; sie waren alle der Überzeugung, daß man sofort etwas tun müsse, um die Kirchenmusik ihrem wahren Wesen zuzuführen.

Kirche und USA im Ost-West-Konflikt Gegenüber der weit verbreiteten Stellung, daß der Vatikan und die Vereinigten Staaten in der Front gegen den Kommunismus Verbündete seien, gab der „Osservatore Romano“ in seiner Sonntagsausgabe zum 19. November einige wichtige Richtigstellungen. Der Leitartikel stammte aus der Feder von Piero Bargellini.

Wenn sowohl die Kirche wie die USA dem Kommunismus entgegentreten, sind sie dabei doch von sehr unterschiedlichen Motiven geleitet. Die Gründe der Kirche sind eminent und ausschließlich theologische; die der Vereinigten Staaten vorwiegend, wenn nicht ausschließlich politische. Möglich, daß Amerika versucht, seine Motive aus der politischen auf die religiöse Ebene zu heben. Ausgeschlossen, daß die Kirche die ihrigen von der religiösen auf die politische senken wird.

„Die Kirche sucht die Allianz von niemandem, auch wenn sich in der Geschichte jemand aus zufälligen Gründen an ihrer Seite einfindet. Es ist nicht wahr, daß die Kirche an der Seite der Fürsten, des Adels, der Bourgeoisie steht.

Im Gegenteil, eine auch nur oberflächliche geschichtliche Untersuchung zeigt einen scharfen Gegensatz zu allen, die versucht haben, die Religion zu einem Werkzeug der Politik zu machen. So kann es auch nicht wahr sein, daß die Kirche in einem politischen Konflikt mit einer politischen Macht verbündet ist.

Die Kirche war nicht mit Spanien, war nicht mit Frankreich, war nicht mit Österreich, war nicht mit dem König von Neapel, war nicht mit dem Großherzog von Toskana. Es ist unmöglich, daß sie heute mit Amerika ist. Die Kirche ist, wo Christus ist. Und Christus ist immer und wird immer mit der Kirche sein bis zum Ende der Zeiten.“

Das Pfarrproblem in Italien Daß die Pfarre, diese unterste, aber für den einfachen Gläubigen wichtigste Einheit des kirchlichen Aufbaus, in ihrer bisherigen Struktur fragwürdig geworden ist, hat man zuerst in Frankreich erkannt.

In der Vergangenheit waren Pfarre und Lebensraum identisch; heute spielt sich das Leben der meisten, insbesondere auch das der arbeitenden Menschen nicht mehr innerhalb des beschränkten Bezirks ihrer Pfarre ab, und ihre Arbeitsstätte (die Fabrik) ebenso wie ihre Freizeitstätten (an erster Stelle das Kino) liegen außerhalb der Pfarre und stellen sie in eine Lebensgemeinschaft mit Menschen aus anderen Pfarren. Und andererseits wohnt im Bezirk der Pfarre neben den Gläubigen meist eine Überzahl an Gleichgültigen oder Ungläubigen. Dieser Zustand ist in einem Land wie

Frankreich besonders deutlich zu fassen, aber er wird auch in anderen Ländern der alten Christenheit immer ausschlaggebender. Auch in Italien hat man feststellen müssen, daß die Pfarre nicht mehr den Lebensraum der Pfarrkinder umgreift, sehr zum Schaden von deren religiöser Festigkeit und Beheimatung.

Rückgang des lebendigen Glaubens

Auf der Arbeitstagung einer Gruppe von katholischen Akademikern in Mailand im vergangenen Jahr hat man die Frage der Zeitgemäßheit der gegenwärtigen Pfarrstruktur eingehend erörtert; die Vorträge, die bei dieser Gelegenheit gehalten worden sind, sind jetzt als Broschüre erschienen („Innovazioni o rinnovamento della Parocchia?“, hsg. v. R. P. Roberto Perenna). In dieser Broschüre wird festgestellt, daß die lebendige Betätigung des Glaubens auch in Italien im letzten Dezennium erschreckend nachgelassen hat. So sind z. B. die Kommunionen in dem Zeitraum von 1938 bis 1948 durchweg um 30—50 % zurückgegangen. An den sonntäglichen Meßbesuch halten sich nur noch 15—17 % der Getauften gebunden. Löst man diese Gesamtzahl in einzelne Kategorien auf, so wird das Bild noch trostloser: die Jugend erscheint nur zu 5—7 %, die Männer nur zu 2—3 % in der Sonntagsmesse.

Hoffnung auf die Elite

Allerdings hat sich hier, wie in den meisten altchristlichen Ländern überhaupt, auch ein Wandel vollzogen, den man vielleicht als hoffnungsvoll ansprechen darf: während früher vor allem die Intellektuellen der Religion den Rücken kehrten, gerade die geistige und kulturelle Elite die Kirche verließ und die Religion eine Angelegenheit des einfachen Volkes, der einfältigen Seelen zu sein schien, sind es heute die Ungebildeten und vor allem die Halbgebildeten, die außerhalb der Kirche stehen, während die Intelligenz zu ihr zurückkehrt (es fragt sich nur, ob die in der Geschichte so oft beobachtete Folge, daß Gedanken, die zuerst in der Führungsschicht lebendig waren, fünfzig Jahre später, popularisiert, in die Breite eindringen und diese bestimmen, ein echtes Gesetz des historischen Ablaufs darstellt, das auch heute noch gilt; oder ob es Eliten anderer, nicht geistig-kultureller Art gibt, die unter besonderen Verhältnissen, wie den heutigen, die Führung an sich reißen können).

Immerhin, wer heute praktizierendes Glied der Kirche ist, ist es in viel größerem Prozentsatz als früher nicht aus Traditionalismus und Konformismus, sondern aus echter Überzeugung und Ergriffenheit. Die Gläubigen streben wahrhaft nach einem vollkommeneren Leben. Aus diesem echten Drang nach Vervollkommenung sind eine Reihe von Bewegungen entstanden, die missionarisch in die glaubenslose Umwelt hinaus wirken wollen. Aber fast alle diese Bewegungen sind außerhalb der Pfarre aus individueller Initiative entstanden.

Mitarbeit der Laien

Um die Pfarre, die ja nun eben doch die Kernzelle des christlichen Lebens ist, diesen neuen Verhältnissen anzupassen, genügt es nicht, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die die Pfarrkinder an ihre Pfarre binden könnten, sondern es gilt, das Bewußtsein von der Aufgabe und Unersetzlichkeit der Pfarre zu erneuern. Hier ist die Mitarbeit der Laien in erster Linie von größter Fruchtbar-

keit. Die italienische Arbeitsgruppe der katholischen Akademiker legte denn auch besonderes Gewicht auf die Wichtigkeit der Mitarbeit der Laien an der Erneuerung der Pfarre. Doch betonte sie sehr energisch, daß diese nur unter Führung des Pfarrers vor sich gehen dürfe, da der Pfarrer als Vater seiner Gemeinde eingesetzt sei und diese Rolle nicht zu ersetzen sei.

Der Arbeitskreis kam auch auf die Frage des Unterhalts der Priester zu sprechen, da ein würdiger Lebensstandard der Geistlichen eine wichtige Voraussetzung für deren fruchtbare Arbeit sei (diese Frage ist in gewissen Gegenden Italiens äußerst akut bei der erschreckenden Armut mancher Pfarrer). Man stellte die Pflicht der Gemeinde fest, für ihre Geistlichen angemessen mitzuzorgen. In den Ländern, in denen der Staat die Kirche nicht unterstützt, sind diese ausschließlich auf die freiwilligen Abgaben der Gläubigen angewiesen. Dennoch müssen die Geistlichen sich davor hüten, sich durch ein übersteigertes Tarifsysteem (für Messen, für Taufen und Beerdigungen usw.) in ein schiefes Licht zu bringen, als ob ihre geistlichen Handlungen selber käuflich seien. Man versucht daher, alte Mißstände auf diesem Gebiet auszumergen und lieber ein allgemeines Spendensystem einzuführen. In Frankreich ist manches in dieser Hinsicht geschehen (Abschaffung der gestaffelten Tarife vor allem). Auch in Italien haben vereinzelte Diözesen hier schon ein gutes Beispiel gegeben (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 3, Heft 11, S. 488 f.).

Kommunisten treten für die Unternehmer ein Wir berichten in den Meldungen aus Amerika über das „Gemeinwohl im Wirtschaftsleben“. Hier ist die Ergänzung dazu. Der Administrator des Europäischen Hilfsprogramms der USA in Rom, M. Leon Dayton, hatte auf einer Unternehmertagung in Genua den italienischen Unternehmern den Vorwurf gemacht, sie seien selbstüchtig, und ihre Versicherungen, daß sie sich um die Hebung des Lebensstandards der Allgemeinheit bemühten, seien Gerede. „Sind Ihre Pläne auf dem Profitinteresse der einzelnen Unternehmer aufgebaut, oder ziehen Sie die Ziele in Erwägung, die wir erreichen müssen, wenn West-Europa von der sowjetischen imperialistischen Herrschaft bewahrt bleiben soll?“

Dieses Monitum war zuviel für die italienischen Kommunisten. Sie klagten die Vereinigten Staaten an, daß ihre Vertreter „Italien wie eine Kolonie behandelten“, wenn sie sich derart „in das delikate Problem der Beziehungen zwischen Bürgern und Vertretern nationaler Belange“ einmischten. Da die Kommunisten, meint „America“ (4. 11. 1950), sich wohl kaum einbilden werden, daß ihre Kommentare auf die Beziehungen zwischen den Unternehmern und den Amerikanern Eindruck machen, sollte ihnen am Ende daran gelegen sein, das gegenwärtige System der Ausbeutung der Allgemeinheit durch das „Big business“ aufrecht zu erhalten? Man kann auch dies eine Form der Sorge um das Allgemeinwohl nennen.

Die Woche von Assisi

Unter den vielen Bemühungen, die in verschiedenen Ländern gemacht worden sind, um Priester und Laien einander nahezubringen, hat eine in Italien besonderen Erfolg gehabt, die der sogenannten „Woche von Assisi“, die von der Bewegung „Pro Civitate Christiana“ ausgeht. Die erste

dieser Wochen fand im Jahr 1942 statt. Der eigentliche Initiator dieser Zusammenkünfte ist Don Giovanni Rossi und neben ihm unter anderen auch der in Deutschland bekannte Schriftsteller Piero Bargellini. In jenen dunklen Jahren hatte man die Absicht, in einer Stadt wie Assisi, die schon an sich zur religiösen Betrachtung einlud, Theologen, Philosophen, Schriftsteller und Künstler zusammenzuführen. Man wollte keinen der üblichen Kongresse abhalten, und zudem erlaubte auch der Krieg keinen weiteren Radius dieses Unternehmens. Man wollte vielmehr in einem verhältnismäßig kleinen Rahmen ein Experiment ausführen und es dann später, wenn der Versuch geglückt wäre, weiter ausbreiten. Da man nicht die Absicht hatte, diese Zusammenkunft nur auf dieses eine Mal zu beschränken, sondern sie alljährlich wiederholen wollte, so mußte man einen Beziehungspunkt finden, der sich im Laufe einer längeren Zeit weiterentwickeln ließe. Darum nahm man zur Grundlage der Zusammenkünfte das Nizänische Glaubensbekenntnis, und jedes Jahr sollten die Vorträge sich um eine bestimmte Frage drehen, so daß sich die Gedanken aller um ein und denselben Punkt konzentrieren würden. So war das Thema der ersten Woche von Assisi: „Ich glaube an Gott, den allmächtigen Vater“. Über dieses Thema sprachen Theologen, Philosophen, Schriftsteller und Künstler, und zwar auch Nichtkatholiken oder wenigstens solche, die ihren Glauben nicht praktizierten. Der Erfolg war sofort sehr groß. Die Botschaft Christi zu übergehen, ist heute noch für einen Gebildeten völlig unmöglich; aber auf Grund ihrer beruflichen oder künstlerischen Betätigungen haben viele Laien lange Jahre hindurch das Evangelium nicht mehr im Wortlaut gelesen oder näher überdacht. Für viele Intellektuelle ist diese Aufforderung, über einen Gegenstand zu sprechen, der lange Zeit hindurch nicht in ihr Blickfeld getreten war, eine Mahnung gewesen, der gegenüber sie nicht taub geblieben sind, und nach vielen Jahren haben sie wieder angefangen, über die Botschaft Christi nachzudenken von irgendeinem Gesichtspunkt aus, und das hat häufig Früchte getragen, die man kaum hätte erwarten dürfen. Auf Grund von Bekenntnissen der Betreffenden weiß man jetzt, daß, wenn sich diese äußere Gelegenheit nicht geboten hätte, viele Laien diese Revision ihrer Einstellung zum Christentum und zu Christus sicher noch auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben hätten, vielleicht bis zum Sterbebett. Gewiß haben auch die Kriegsjahre und das Unglück der gegenwärtigen Zeit viele ehemals feindliche Geister dazu gebracht, mit neuem Ernst über den Glauben der Väter nachzudenken; und dieser ist ja für die Mehrzahl der Italiener der katholische. Bei dieser Zusammenkunft haben jedoch nicht nur die Katholiken gesprochen, sondern auch Außenstehende, die dort sagen konnten, was sie wollten; nur wurde sofort nach deren Vortrag der orthodoxe katholische Standpunkt formuliert, den übrigens auch die Mehrheit einnahm. Selbstverständlich waren nicht solche Leute eingeladen, von denen man Beleidigungen hätte erwarten können; doch jeder, der ein lebhaftes Interesse für das Christentum oder gewisse seiner Aspekte zeigte, war willkommen.

Im ersten Augenblick konnte man die Sache für ein Luftschloß halten. Doch heute, nach acht Jahren, kann man sagen, daß die Zusammenkunft von Assisi zu einem feststehenden Bestandteil der sommerlichen Ge-

wohnheiten vieler italienischer Intellektueller geworden ist. So ist in diesem Jahr der achte Band des „Simbolo“ herausgekommen, einer Art Jahresschrift, in der die einzelnen Vorträge gesammelt werden, die in Assisi gehalten worden sind. In diesem Jahr war das Thema besonders interessant; es wurde von dem Text gebildet: „Er hat gelitten unter Pontius Pilatus“.

Wenn, wie man hofft, das ganze Credo durchgegangen ist, so wird man auf diese Weise eine Art von neuem Kommentar besitzen, der zugleich ein sehr interessantes Zeugnis für das Denken einer großen Gruppe von modernen Intellektuellen darstellt. Die besten Namen der italienischen Literatur sind in dieser Sammlung, die sich von selber bildet, zu finden; und mancher Schriftsteller ist dabei, dessen Name der italienische Leser mit dem größten Staunen dort finden wird, weil er ihn für völlig taub gegenüber allen religiösen Problemen gehalten hätte. Dieser italienische Versuch, der in die Reihe vieler Versuche in den verschiedensten Ländern gehört, Laien und Priester, Laien und Theologen in geistigen Austausch zu bringen, kann vielleicht durch seine besondere Form auch anderswo zur Anregung dienen.

Opus Dei, eine neue Ordensgemeinschaft in Spanien Die Herder-Korrespondenz hat einen Bericht im Dezember 1949 „Das Rätsel Spanien“ überschrieben. Dieses

Rätsel hat auch eine übernatürliche Seite. Spanien war immer eine Welt für sich. Ob es erst durch den Islam von Europa getrennt wurde oder ob seine geographische Lage es von Anfang an mit sich brachte, sicher ist, daß es auch nach der Reconquista und auch nachdem es durch seinen europäischen König, den Kaiser Karl V., der niemals dort heimisch werden konnte, zur ersten Macht Europas emporgestiegen war, sowohl in politischer als vor allem auch in religiöser Beziehung für einen europäisch orientierten Geist stets eine unverstandene fremde Welt geblieben ist. „Rückständig“ nannte man es nicht erst im 19. Jahrhundert und nicht nur von seiten des politischen und religiösen Liberalismus. Selbst in Rom ist die starre Orthodoxie Spaniens oft als Belastung empfunden worden. Trotzdem kam der erste „moderne“ Orden, der der Jesuiten, der gerade das verwirklichte, was für die neue, überaus schwierige Lage der Kirche nötig war, aus Spanien. Er war so modern, daß der hl. Ignatius sich mühsam Verständnis für sein Werk bereiten mußte.

Auch heute entsteht in diesem „rückständigen“ Spanien wiederum ein neuer Orden, vielleicht wiederum gerade das, was die Kirche in ihrer Lage, die sicher nicht leichter ist als die vor 400 Jahren, nötig hat.

Ende der zwanziger Jahre hat ein junger Priester, Don José Maria Escriva, eine Gefolgschaft zu sammeln begonnen, die am 2. Oktober 1928 als „Opus Dei“ konstituiert wurde. Zwei Jahre später wurde ihm ein weiblicher Zweig angegliedert. Glied des Opus Dei kann jeder werden, der bereit ist, die drei Gelübde des Ordenslebens abzulegen. Zweck der Vereinigung ist die Heiligung des Arbeitslebens. Die Priester des Werkes, die in einer Societas Sacerdotalis Sanctae Crucis zusammengefaßt sind und die satzungsgemäß nur in verhältnismäßig kleiner Anzahl vorhanden sein sollen, haben die geistige Leitung. Ihrer Ausbildung galt in erster Linie die unermüdlige stille Arbeit des Gründers. Im Jahre 1943, nach fünfzehnjähriger Vorbereitung, erhielt die

priesterliche Gesellschaft des heiligen Kreuzes das Nihil obstat, und gleichzeitig erhielt das Opus Dei als damit unauflöslich verbundenes Werk die Approbation nach Diözesanrecht.

Für die Lage der Kirche und die großen Ziele von P. Escriva genügte jedoch diese kleine Welt nicht. Er wandte sich nach Rom, und dort fand er großes Interesse. Seitdem die Dekrete Leos XIII. religiöse Gesellschaften mit nur privaten Gelübden möglich gemacht hatten, drängte die Entwicklung in dieser Richtung weiter, und was seit 1900 in der Luft lag, die Gründung ganz freier, in der Welt verborgener religiöser Gemeinschaften, das wurde durch die Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit brennendes Bedürfnis und dringendes Anliegen des Heiligen Vaters. So traf es sich glücklich, daß dieser Spanier nicht nur einen fertigen Plan, sondern eine bereits jahrelang erprobte und wohlfunktionierende Vereinigung vorweisen konnte. Daher kam es, daß schon drei Wochen nach der Verkündigung der neuen apostolischen Konstitution „Provida Mater Ecclesia“ am 2. Februar 1947 durch das Decretum Laudis die Priestervereinigung des Heiligen Kreuzes, verbunden mit dem „Opus Dei“, als erstes Weltliches Institut nach Päpstlichem Recht approbiert wurde. Dieses Decretum Laudis ist dann am 16. 6. 1950 endgültig bestätigt worden.

Schon haben sich Zweigniederlassungen in anderen Ländern, vor allem in Italien, aber auch in Frankreich, England und Amerika gebildet. Doch nicht nur die Verbreitung nach außen, auch die interne Arbeit des Opus Dei gewinnt einen größeren Radius. Am Anfang ging man langsam und behutsam vor. Die Arbeit beschränkte sich auf apostolisches Wirken im jeweiligen Lebensraum der Mitglieder. Aber in dem Maß, in dem die Mitgliederzahl wuchs, vervielfältigte sich die Arbeit mit ungewöhnlichem Elan. So sind Studentenheime des „Opus Dei“ schon an zahlreichen wichtigen Universitäten Europas und Amerikas zu finden. Und das ist nur ein Beispiel der Tätigkeit des Institutes. Denn nicht nur unter den Gebildeten, sondern unter allen Klassen und Berufen, von den niedersten bis zu den höchsten, hat es sein Arbeitsfeld, von einer kleinen Zelle aus Kreise bildend oder in vorhandene Kreise eindringend, um sie mit Hilfe des Heiligen Geistes umzugestalten.

Diese ganze Arbeit wird still und ohne Aufheben, aber unter Einsatz der ganzen Person geleistet. Unter sich in echter Demut verbunden, wirken die Mitglieder als „die Unbekannten“ in der Welt. Es ist ein Charakteristikum des „Opus Dei“, die Gemeinsamkeit des Lebens als eine geistige Gemeinschaft aufzufassen, nicht als eine Gemeinschaft des äußeren Tageslaufs. Zerstreut und verankert in der Welt, sind die Mitglieder eng in der Liebe und vor allem im Gehorsam Christi verbunden.

Und darin tritt wieder das Rätsel Spanien hervor. Denn es gibt keinen größeren Individualisten als den Spanier. Er scheut sich fast, ein Versprechen zu geben, weil er nicht weiß, ob er die heute eingegangene Bindung morgen noch ertragen kann. Wenn er aber sich Gott hingibt, so vermag er auf seinen eigenen Willen zu verzichten, wie es sonst nur die größten Asketen fertig bringen. So werden im „Opus Dei“ selbstverständlich keine neuen geistlichen Mittel in Anwendung gebracht, sondern es handelt sich darum, den nach den ewig gleichen, von Christus selbst gegebenen Anweisungen geformten Menschen so einzusetzen, wie es die Kirche und die über-

natürliche Bestimmung des Menschen in der historischen Stunde erfordern, was ja stets der Sinn einer neuen Ordensgründung war.

Da die Mitglieder des „Opus Dei“ nicht als solche zu erkennen sind, sind viele Gerüchte über diesen „mächtigen, halb geheimen Orden des intellektuellen Katholizismus“, mit „etwas an Freimaurerei erinnernden Formen“, verbreitet; nach einer Lissaboner Darstellung ist „Opus Dei“ nicht mehr und nicht weniger als „heute die wichtigste Kontroll- und Ausleseorganisation der Regierung Francos“; so in „Die Welt“, Hamburg, 4. 5. 1950, wogegen Professor Neuß im „Rheinischen Merkur“ vom 1. 7. 1950 Einspruch erhoben hat. Nach spanischen Darstellungen hat das „Opus Dei“ in noch nicht einem Vierteljahrhundert über hundert Niederlassungen in Spanien, Europa, Amerika und Afrika errichtet.

Welche Gefahren bedrohen die bäuerliche Welt?

Die von Dominikanern herausgegebene Zeitschrift „La Vie Intellectuelle“ übt in ihrer Nummer vom Oktober 1950

scharfe Kritik an der „Sozialen Woche“ von Nantes, über die wir in der Herder-Korrespondenz Jhg. 5, Heft 1, S. 36—41 ausführlich berichtet haben; sie befaßte sich mit dem Problem der bäuerlichen Welt, die sich endlich auch in die Umwälzung der modernen Welt mit hinein gerissen findet. Der Verfasser der Kritik, G. Allo, wirft der Tagung vor allem vor, sie sei nicht so gründlich und sachgerecht gewesen, wie man es von den Sozialen Wochen Frankreichs bisher gewöhnt gewesen sei. Daher habe sie auch in den verschiedensten Kreisen Widerstand gefunden, vor allem bei der jungen Landbevölkerung der Katholischen Aktion. Hier regt sich vor allem eine gewisse Ungeduld gegenüber einem auf der Tagung zutage getretenen Vorurteil zugunsten altherkömmlicher Strukturen, namentlich des Familienbetriebs.

Gegen den bäuerlichen Familienbetrieb

Es wäre ungerecht, diese kritische Haltung der Landjugend gegenüber den Positionen der Sozialen Woche von Nantes auf ihre Neuerungssucht zurückzuführen. In Wahrheit haben die Referate der Tagung die wirklichen Schwierigkeiten unterschätzt, die die Interessierten innerhalb der überlieferten Strukturen zu ertragen haben. Die Landjugend fand ihre Situation nicht adäquat dargestellt; denn Familienbetrieb bedeutet für sie nie-endende Arbeit, keinerlei Freiheit, weder für Frau noch für Kinder, vorzeitige Erschöpfung aller Kräfte, äußerst begrenzte Möglichkeiten, sich technisch auszurüsten. Auch der Vergleich, der in Nantes zwischen Familienbetrieb und Großbetrieb gezogen wurde, ist so nicht gültig, da die Beispiele sehr besondere Fälle betrafen, z. B. die außerordentliche Fruchtbarkeit des Bodens in Flandern oder den besonderen Charakter des Anbaus, z. B. von Blumen und Gartengemüse usw. Man hat bei der Stellungnahme zugunsten des Familienbetriebs auch völlig dessen Tendenz zur Konzentration des Bodens in einer Hand übersehen, zu der der Bauer gedrängt wird, um den Boden technisch günstig auszunutzen: so entsteht hier von selbst ein kapitalistischer Geist, und die Unterliegenden werden dann immer wieder in die Rolle des ländlichen Tagelöhners absinken. Beim Familienbetrieb steht und fällt alles mit der Identifikation Familie-Bodenbesitz, daher gibt hier nur zu oft der Boden bei den wichtigsten menschlichen Entscheidungen den Ausschlag: Ehe-

gefährte, Kinderzahl werden nicht frei gewählt, sondern unter dem Zwang des Bodens. Man heiratet Land zu Land; der Umfang des Bodens bestimmt die Kinderzahl usw.

Übrigens haben sich auch Historiker gewundert, daß die Soziale Woche von Nantes so ohne weiteres den Familienbetrieb als die naturgegebene Form des landwirtschaftlichen Betriebs vorausgesetzt hat, da doch die individuelle Familienwirtschaft in Privateigentum keineswegs die ewige Wirklichkeit des Landbaus darstellt, sondern ihr jahrhundertlang ganz andere Typen vorangegangen sind, viel patriarchalischere Großfamilienbetriebe oder Gemeinschaftsformen.

Es geht um die geistige Haltung

Was der Kritiker der „Vie Intellectuelle“ aber der Sozialen Woche von Nantes vor allem vorwirft, ist, daß sie nicht als das wichtigste Problem das des die Strukturen beseelenden Geistes angesehen habe. Um die menschlichen Werte des Landes zu retten, gilt es nicht, diese oder jene Struktur vorzuziehen, sondern die Hierarchie der Werte zu sichern. So wäre es das wichtigste gewesen, den Geist des Kapitalismus zu verurteilen, der sich in alle Organisationen einschleichen kann, ebensowohl in die familienhafte wie in die des Großbetriebs, wie er auch ebenso beiden ferngehalten werden kann. Diese spirituelle Dimension des Problems der bäuerlichen Welt in der Umwälzung der Gegenwart, die man von einer Institution wie der Sozialen Woche wohl an erster Stelle hätte erwarten dürfen, sei nicht aufgewiesen worden.

Man hat sich an eine gegebene Struktur geklammert, weil es wirklich eine Gefahr der Sozialisierung und Kollektivierung gibt. Aber das ist keine Lösung. Man muß den Mut haben, neue Strukturen aufzunehmen, sie aber aus dem vollen christlichen Geist zu gestalten.

So wird also der Sozialen Woche von Nantes einerseits Mangel an wissenschaftlicher Strenge bei ihren Analysen, andererseits das Fehlen einer theologischen Unterbauung vorgeworfen. Man hat die christlichen Prinzipien als bekannt vorausgesetzt und aus ihnen übereilt fertige Lösungen abgeleitet. Aber gerade das macht die Tragödie des christlichen Denkens in unserer Zeit aus: man bleibt einerseits bei platonischen Wahrheiten stehen, die man nicht in die Wirklichkeit überführt, und man bezieht andererseits im Namen der christlichen Soziallehre festgelegte Positionen, als ob sie die einzig möglichen wären.

Gewiß, die christlichen Prinzipien sind bei den früheren „Sozialen Wochen“ studiert und dargestellt worden, aber das genügt nicht. Man hätte auch diesmal wieder vom christlichen Menschenbild, von der christlichen Hierarchie der Werte ausgehen müssen. Da man aber weder von der exakten Analyse der Tatsachen noch von der Offenbarung ausgegangen ist, hat man sich in der Zwischenwelt der Meinungen und zufälligen Parteinahmen gehalten und ist von der Wirklichkeit und vom christlichen Geist gleich weit entfernt geblieben.

Die Kritik wirft zuletzt die Frage auf: Werden die „Sozialen Wochen“, die so lange mutig gegen Vorurteile angekämpft haben, sich nun an die traditionelle bäuerliche Welt wie an eine letzte Bastion der „Rechtgesinntheit“ klammern? Wird man gegenüber der Umwälzung in der Landbevölkerung ebenso blind sein, wie man es beim Entstehen der Industriearbeiterschaft war, wo ja auch „die Christen zu spät gekommen sind“?

Ein Institut für höheren katechetischen Unterricht

Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs hat ebenso wie die französische „Nationale Kommission für den Religionsunterricht“ (Commission nationale des catéchismes) Hochschulkurse für Katechetik verlangt. Zur Erfüllung dieser sehr aktuellen Forderung war die Schaffung solcher Kurse am Institut Catholique von Paris beschlossen worden.

Diese Kurse haben nun mit dem akademischen Jahr 1950/1951 begonnen. Sie umfassen: einen Kurs in kerygmatischer Theologie (Problem Glaube und moderne Welt, lebendige Darstellung des Geheimnisses Christi); einen Kurs in positiver und Pastoraltheologie (Religionsunterricht in der Geschichte der Kirche und für unsere Zeit); einen Kurs in katechetischer Technik und Dokumentierung (Methoden, Erfahrungen, Zeugnisse). Ergänzt wird diese Schulung durch verschiedene Nebenkurse an den Fakultäten und höheren Schulen.

Die Schulung richtet sich besonders:

an die künftigen Diözesanleiter des Religionsunterrichts und ihre Helfer;

an die Dozenten der katechetischen Pädagogik an den Großen Seminaren;

an die Leiter der religiösen Studien an Kollegien und Unterrichtsstätten aller Arten und Stufen;

an die Ordensangehörigen beiderlei Geschlechts, die für die Vorbereitung ihrer Untergebenen auf den Religionsunterricht verantwortlich sind;

an die von der Diözesanleitung für die verantwortungsvolle Aufgabe des Religionsunterrichts vorgeschlagenen Laien.

Die religiöse Freiheit in Schweden

„The Catholic Herald“ brachte vor einiger Zeit eine Nachricht über den Stand der religiösen Freiheit in Schweden, die wir um der Gerechtigkeit willen veröffentlichen, weil wir auch über die Diskussionen hinsichtlich des gleichen Problems in Spanien wiederholt berichtet haben.

Nach dieser Nachricht hat die schwedische Regierung eine Kommission eingesetzt, um Vorschläge über die Zulassung katholischer Schulen und die Abänderung des Status der Katholiken auszuarbeiten. Katholische Privatschulen ohne staatlichen Zuschuß, jedoch unter staatlicher Überwachung, sollen gestattet werden. Nichtkatholische Kinder dürfen sie indes nur mit besonderer königlicher Erlaubnis besuchen.

Die katholischen Kinder in den Staatsschulen sollen von der Teilnahme am evangelischen Religionsunterricht befreit werden. Sie sollen aber ihre Prüfungen in katholischer Religionslehre vor evangelischen Prüfungskommissionen abzulegen haben.

Katholische Brautleute werden ihre Eheschließung auch fernerhin vor dem evangelischen Pfarrer, in seiner Eigenschaft als staatlichem Eheschließungsbeamten, zu bekunden haben.

Die Kommission empfiehlt ferner, dem Ausschluß der Katholiken von hohen Staatsämtern ein Ende zu machen. Nur für die Ämter des Justiz- und des Unterrichtsministers soll er bestehen bleiben.

Religiösen Orden soll, obwohl sie nach dem Bericht mit der lutherischen Freiheit des Gewissens unvereinbar sind, gestattet werden, in beschränkter Zahl Niederlassungen zu eröffnen für Katholiken schwedischer Nationalität, die sich zum Ordensleben berufen fühlen. Ihre Zahl und

Art bedürfen besonderer königlicher Bewilligung. Ausländische Ordensleute sollen nicht zugelassen werden. Die Zahl der Katholiken beträgt gegenwärtig etwa 17 000 gegen 11 000 vor dem Krieg. Der Zuwachs stammt zum großen Teil aus der Einwanderung baltischer, polnischer und ungarischer sowie einer kleinen Zahl sudetendeutscher Flüchtlinge.

Aus Ost- und Südosteuropa

Wie kam das ungarische Kirchenabkommen zustande?

Die amerikanische Zeitschrift „Time“ bringt einen Bericht über die Verhandlungen, die dem ungarischen Kirchenabkommen vorausgingen. Wir

müssen der Zeitschrift die Verantwortung für diesen Bericht überlassen. Darin wird das folgende Gespräch zum Verhandlungsbeginn am 9. Juli d. J. wiedergegeben. Die Erzbischöfe Grösz und Czapik hatten als Begleiter P. Horvath SJ mitgebracht. Für die Regierung war der stellvertretende Ministerpräsident und Parteichef Rakosi erschienen.

P. Horvath ersuchte zunächst um die Freilassung von Kardinal Mindszenty.

Rakosi: „Bitte, keine Erörterung darüber. Das Volk hat entschieden.“

Horvath: „Sie wissen genau so wie ich, wer das entschieden hat. Es war alles andere als eine Entscheidung des Volkes.“

Rakosi: „Nichts mehr.“

Die Vertreter der Kirche setzten sich dann ebenso erfolglos für die Orden ein. Die Klöster waren durch Razzien vorsorglich bereits geräumt.

Dann kam das Gespräch auf die Schulen. Rakosi schlug vor, die entlassenen klösterlichen Lehrkräfte sollten an die Staatsschulen übernommen werden.

Horvath wandte ein: „Wie können Sie uns das anbieten? Wie können Sie erwarten, daß Ordensleute entgegen ihren Grundsätzen nach kommunistischen Lehrbüchern unterrichten?“

Rakosi: „Ich habe Ihnen ein Angebot gemacht. Nehmen Sie es an oder nicht. Wenn nicht, dann geben Sie offen zu, daß Sie sich weigern, die ungarische Jugend zu erziehen.“

Am Ende der Unterredung fragte Erzbischof Czapik: „In den vier Jahren haben Ihre Leute in der Regierung kein einziges der Versprechen gehalten, die Sie gegeben haben. Was für Garantien haben wir, daß sie die neuen halten werden?“

Rakosi gab zur Antwort: „Gut, Sie glauben uns also nicht. Was beabsichtigen Sie daraufhin zu unternehmen?“

Die amerikanische Zeitschrift schließt: „Tatsächlich konnte die Kirche daraufhin so gut wie gar nichts tun.“

Immerhin ist das religiöse Leben in Ungarn noch nicht völlig unterdrückt. Die acht zugelassenen Schulen haben das Schuljahr begonnen, eine mit 240, eine mit 123 Schülern. Die anderen Zahlen sind nicht bekannt. Die Bischöfe konnten zur Feier der Dogmenverkündung einen Hirtenbrief erlassen und forderten das ganze Volk zur Generalkommunion am 1. November auf. Am 8. oder 10. Dezember sollte die Himmelfahrt der Gottesmutter in

ganz Ungarn offiziell verkündigt und gefeiert werden. Aber schon an Allerheiligen fanden im ganzen Lande um Punkt 12 Uhr mittags, während der Arbeitspause, überfüllte und ergreifende Gottesdienste statt. Auch darin kann man einen Beweis ungebrochenen Glaubensmutes erblicken, daß zum neuen Schuljahr 40 % der Eltern gemäß dem Gesetz in schriftlicher Form Religionsunterricht für ihre Kinder erbeten haben.

Die durch die Wahl des Msgr. Beresztoczy zum Bistumsverweser von Esztergom gefährdete kirchliche Ordnung (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., Heft 12, S. 540) hat der Heilige Stuhl inzwischen wieder gesichert, indem er Bischof Hamvas von Csanad zum Apostolischen Administrator des Erzbistums ernannt hat.

Die Gerüchte über Jugoslawien und die Wirklichkeit

Seit dem vorigen Jahre kehren in der Presse Meldungen immer wieder, nach denen die jugoslawische Regierung eine Änderung ihrer kirchenpolitischen Linie erwäge. Als erstes Zeichen dieser Kursänderung, heißt es immer wieder, sei die Freilassung des Erzbischofs von Zagreb, Aloys Stepinac, beabsichtigt. Mehrfach wurden „dem Vatikan nahestehende Kreise“ oder „wohininformierte Persönlichkeiten in Rom“ als Quellen dieser Meldungen genannt. Es war auch davon die Rede, Belgrad habe diplomatische Annäherungsversuche beim Vatikan unternommen, und zuletzt hieß es im November, es sei eine Delegation der Regierung auf dem Wege.

Wenn diese Gerüchte wahr wären, dürfte man zwar nicht erwarten, daß der Vatikan sie bestätigte, ehe die Verhandlungen beendet wären. Doch würden die Gerüchte gewiß nicht, wie es geschah, im „Osservatore Romano“ ebenso regelmäßig dementiert worden sein, wie sie auftauchten. Zuletzt schrieb das vatikanische Blatt am 8. Dezember: „Die Wahrheit ist, daß Jugoslawien, soweit es sich auch vom Gehorsam gegen die Kominform gelöst haben mag, der kommunistischen Ideologie treu geblieben ist. Den Prüfstein dieser Treue bildet der antireligiöse Haß, der die Presseleute der Belgrader Regierung erfüllt.“ Denn in einem totalitären Regime könne die Haltung der Presse als Maßstab für die Ansichten der Regierung gelten. Gegenüber den Tendenzen eines Teils der amerikanischen Öffentlichkeit, die Sache so darzustellen, als handle es sich bei dem Kirchenkonflikt in Jugoslawien nur um die Person des Erzbischofs Stepinac, sagt der „Osservatore Romano“: „Wer auf den Kern der Frage achtet, für den ist es klar, daß der düstere Fall des Erzbischofs Stepinac nur die Wirkung viel tieferer Ursachen ist.“ In Jugoslawien handle es sich nach wie vor um eine richtige Verfolgung. Nur daß sie „mehr oder weniger durch gesetzliche Formen verhüllt ist“.

Wenn öfters behauptet worden ist, die katholische Kirche und die Vereinigten Staaten seien Verbündete im Kampf gegen den Kommunismus, ist gerade der Fall Jugoslawien geeignet, den Unterschied zwischen der Haltung der Kirche und derjenigen der weltlichen Mächte in dieser Sache darzutun. Tito hat am 11. Oktober 1950 von Staatssekretär Dean Acheson die Zusicherung einer amerikanischen Anleihe erhalten. Der gleiche Tito, der noch am 18. Februar dieses Jahres in einer Rede erklärt hatte, das jugoslawische Volk werde eher nackt gehen als sich dem Westen beugen oder in Amerika um eine Anleihe betteln. Er sandte als Unterhändler eine Persönlichkeit nach Amerika, die nach Mitteilung des

NCWC (11. 12. 1950) ihre Lorbeeren im Kampf gegen die Kirche geerntet hat. Die weltliche Presse Amerikas begründet die amerikanische Hilfeleistung damit, daß die Amerikaner jedem helfen müßten, der Not leidet, wer es auch immer sei. Die katholische Presse wertet die Zusicherung Achesons als Ausdruck der politischen Lage, sagt aber heute schon voraus, man werde sich in den Hoffnungen täuschen, die mit dieser Anleihe verbunden werden.

Tatsächlich zeigt die Haltung Amerikas gegenüber Jugoslawien, daß seine Staatsmänner gegenüber dem Kommunismus nur nach dem Gesichtspunkt der politischen Zweckmäßigkeit verfahren und bereit sind, sich mit ihm zu arrangieren, wenn sie glauben, dadurch ihre politische Position stärken zu können. Die amerikanischen Katholiken haben denn auch vergeblich versucht, das Staatsdepartement zu bewegen, daß es für die Anleihe Bedingungen hinsichtlich der Menschenrechte in Jugoslawien stellen möge. Das Vorgehen der amerikanischen Regierung ist geeignet, alle Christen zu ernüchtern, die der Meinung sind, es könne in heutiger Zeit der Kirche von politischen Mächten Hilfe kommen. Es zeigt vielmehr, daß die Politik unserer Tage ausschließlich von dem Gedanken der Zweckmäßigkeit geleitet ist. Damit wird nicht notwendig ein Vorwurf gegen die Politiker ausgesprochen. Im Falle Jugoslawien nehmen sie eine Chance wahr, den Frieden zu retten. Sie verzichten gegenüber diesem Nahziel auf die Behauptung der Menschenrechte. Sie wählen das „minus malum“. Sie handeln, oder glauben zu handeln im Interesse der westlichen Welt.

Dies aber kann nicht der Standpunkt der Kirche sein. Die Kirche kann unter keinen Umständen mit einer kommunistischen Macht Frieden schließen, wenn sie durch eine solche Maßnahme der Unterstützung die Vergewaltigung der Menschenrechte anerkennt. Der Vatikan handelt konsequenter als Washington. Ihm ist es nicht um das eine oder andere Entgegenkommen zu tun, z. B. um die Freilassung des Agramer Erzbischofs, sondern um die Wiederherstellung eines sittlichen Zustandes im jugoslawischen Staatsleben. Der Vatikan fordert deshalb nicht Entgegenkommen, sondern Gerechtigkeit, und zwar in allen Punkten, in denen gegenwärtig in jenem Lande Gewalt geschieht. Diese Gewalt äußert sich u. a. in folgenden Maßnahmen:

1. Kein Lehrer in Jugoslawien, ob an einer Volks-, Mittel- oder Hochschule tätig, darf an der heiligen Messe teilnehmen, unter Strafe sofortiger Dienstentlassung. Die kirchlichen Behörden haben das gesamte Lehrpersonal von der Sonntagsmesse dispensiert.
2. Wer sich kirchlich trauen oder seine Kinder taufen läßt, muß dafür eine staatliche Gebühr von mindestens 15 Dollar entrichten, die sich im Höchsthfall bis auf 100 Dollar steigert. Außerdem ist er Repressalien ausgesetzt, besonders als Beamter oder Militärperson. Die kirchlichen Behörden haben als Antwort darauf Maßnahmen für Eheschließungen ohne Priester getroffen.
3. Kollekten innerhalb oder außerhalb der Kirche sind verboten. Mit einem Priester zu sprechen, zieht selbst für Kinder Schikanen nach sich.
4. Wer den Religionsunterricht besucht, ist von der Zulassung zu höheren Studien ausgeschlossen. Religionsunterricht darf nur gehalten werden, wenn er zeitlich nicht mit offiziellen Veranstaltungen zusammenfällt.

5. Die Verbreitung sämtlicher Druckerzeugnisse ist lizenzpflichtig. Die Lizenz wird selbst für Gebetbücher regelmäßig verweigert.

6. Der Bezug von Wein und Weizenmehl ist kartenzpflichtig. Zuteilungen für die Messe werden verweigert.

7. Jedermann ist verpflichtet, den Marxismus öffentlich zu vertreten. Es gibt keine Gedanken- und Redefreiheit.

8. 300 Priester befinden sich derzeit im Gefängnis, 1954 sind liquidiert.

Aus Amerika

Fortschritt der Gewinnbeteiligung In jedem Jahre berichten wir über die Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft gewinnbeteiligender Betriebe in USA, dem „Council of Profit Sharing Industries“ (vgl. zuletzt Herder-Korrespondenz 4. Jhg. S. 251). Die diesjährige Tagung fand am 30. November und 1. Dezember in Cincinnati statt. Die Zahl der Mitgliedsfirmen ist seit dem letzten Jahr von 153 auf 276, die der beteiligten Arbeiter von 224 000 auf fast 300 000 gestiegen. Jedoch ist die Zahl der Betriebe, die ihren Leuten in irgendeiner Form Gewinnbeteiligung gewähren, weit höher. Einer der Redner auf der Tagung, Professor Dempsey, Dekan der Handelsfakultät der St. Louis-Universität, sagte auf Grund einer Enquête seines Institutes, daß im Gebiet von St. Louis etwa ein Achtel aller Betriebe bereits zu diesem System übergegangen sind.

Auch die diesjährige Tagung bewies die einmütige Überzeugung der Teilnehmer, daß Gewinnbeteiligung eine sehr profitable Kapitalanlage für den Unternehmer ist. Einen der Hauptvorträge hielt Thomas Pike, Chef einer Ölraffinerie in Los Angeles. Nach dreijähriger Erfahrung fällte er das Urteil: „Gewinnbeteiligung ist nicht nur in der Idee richtig, sondern sie macht sich bezahlt in dem harten alltäglichen geschäftlichen Konkurrenzkampf. . . Die Moral in unserm Betrieb war sehr hoch, unsere Produktion stieg dauernd, der Umsatz wuchs wesentlich und unser Nettogewinn erreichte einen Rekord.“ Pike hat als notwendige Voraussetzung zur Gewinnbeteiligung freiwillig in seinem Betrieb einen Betriebsausschuß geschaffen, dem er selbst als Vorsitzender, 2 Direktoren, der Finanzchef, der technische Leiter, die Meister der Abteilungen und Vertreter aller Abteilungsbelegschaften angehören. Der Ausschuß entscheidet „über alle Phasen der gesamten Tätigkeit der Gesellschaft“.

Wie heißen die zehn Gebote?

Im Durchschnitt konnten die Befragten immerhin sechs aufzählen. Darunter war allerdings häufig das Gebot: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“. Der Ort der Umfrage war natürlich Amerika. Und die Befragten waren diesmal 83 Studenten, die an ihrem College auf allgemeine religiöse Bildung geprüft wurden. Es handelte sich um Studenten aller Konfessionen, auch Katholiken, die aber nicht durch konfessionelle Privatschulen gegangen waren, sondern ihre religiöse Praxis und Wissenschaft nur vom Elternhaus und vom kirchlich-privaten Religionsunterricht her besaßen.

Die Umfrage hat, wie „The Christian Century“ (13. 9. 1950) sagt, ein Ergebnis gezeitigt, das durch die Erfahrungen vieler Geistlicher und Pädagogen bestätigt wird,

Der Stand des Wissens über religiöse Dinge im Durchschnittspublikum, auch in der Intelligenzschicht, ist unglaublich niedrig. Nicht, als ob die Sphäre der religiösen Gegenstände überhaupt nicht existierte. 55 von den 83 Studenten konnten über den Koran Auskunft geben. „Es ist ganz einfach wahr, daß viele amerikanische College-Studenten mehr von der Geschichte und den Grundlehren des Islam wissen als vom jüdisch-christlichen Glauben.“ Auch von diesem kennen sie, wie die Antwort auf die Frage nach den zehn Geboten zeigt, dies und das. Aber alles ist unbestimmt, unklar und fragmentarisch. Es ist ein sehr allgemeines Wissen über Religiöses, aber es ist nicht im geringsten ein religiöses Wissen, das heißt ein Bemühen um die religiöse Wahrheit.

Diese Studenten und ihre Kollegen sind nicht atheistisch und haben keine Antipathie gegen das Christentum. Im Gegenteil, sie betrachten sich als Christen und halten es für selbstverständlich, daß die Bergpredigt und die zehn Gebote die Grundlage der sittlichen Auffassungen bilden, die ein ordentlicher Mensch zu haben hat. Aber was die Bergpredigt eigentlich sagt, wissen sie nicht; sie wissen auch nicht, wo sie steht. 34 Studenten versetzten die acht Seligkeiten ins Alte Testament. Und nur 4 brachten alle zehn Gebote zusammen. 11 konnten angeben, in welchem Buch der Schrift sie zu suchen sind. Vom Christentum haben sie nur eine ethische Vorstellung. Jesus ist ihnen „der größte sittliche Lehrer aller Zeiten“. Daß der Mensch ein Sünder ist und namentlich daß er zufolge der Erbsünde eine radikale Neigung zum Bösen hat, bezweifeln sie, und sie glauben nicht, daß er in seiner Vernunft und natürlichen Gutwilligkeit ungenügend ausgerüstet ist, um sein Heil zu erlangen. Mit dem Begriff der Gnade vermögen sie gar nichts anzufangen. 56 von den 83 wußten nichts vom biblischen Bericht über den ersten Sündenfall. Christentum, das ist für sie der Begriff, durch den man die herkömmliche Manier bezeichnet, ein anständiges Leben zu führen.

70 von 83 konnten die vier Evangelien nicht aufzählen. Daß die Fragen dieses Examens hauptsächlich das biblische Wissen zu ermitteln versuchten, erklärt sich daraus, daß die Umfrage nicht an einem katholischen College stattfand. 8 waren der Meinung, das Vaterunser sei ein Teil der Psalmen. 74 konnten nicht einmal ungefähr angeben, was Jesus als die größten Gebote bezeichnet hat. 2 errieten richtig, was der Inhalt der Apostelgeschichte ist, einer konnte die Städte angeben, durch die das Christentum am Anfang seinen Weg machte. Der Bericht in „Christian Century“ betont wiederholt, es handle sich durchaus nicht um krasse Einzelfälle, sondern um ein typisches Bild, das dem Berichterstatter bei vielen Fragen in einer langen eigenen Praxis stets bestätigt worden sei. Darum sagt er mit Recht: Wenn Menschen von solchem Nichtwissen davon sprechen, das Christentum sei die Grundlage unserer Gesellschaft und unseres sittlichen Lebens, „dann kann man schwerlich glauben, daß diese Behauptungen viel mehr ausdrücken als eine pure Theorie, die man als Erbschaft einer oberflächlichen religiösen Kindererziehung gefühlsmäßig ins Leben mitnimmt“. 29 Studenten wußten, daß die Bibel mit der Genesis anfängt, und um den Platz des letzten Buches der Schrift stritten Job, Jeremias, Ecclesiastes und die Sprüche. Als Vorläufer Jesu wurde Johannes zumeist durch Moses und Buddha ersetzt. Nur neun Studenten konnten drei

Könige von Israel aufzählen, und unter ihnen waren Abraham und Herodes bevorzugt. Was ein Prophet sei, darüber wurde viel gerätselt. Nicht wenige suchten die Erleuchtung von dem in der englischen Aussprache verwandten Profit.

Die befragten Studenten waren seit einem Jahre Mitglieder ihres College. In den Natur- und Sozialwissenschaften, sagt der Berichterstatter, in Sprachen und Sport sind sie schon von der High School her auf beachtlichem Niveau. Was aber die religiöse Kultur angeht, um von der Religion zu schweigen, sind sie schlechterdings ungebildet. Von dieser Durchschnittslage muß heute die religiöse Unterrichtung auch der Intelligenz ausgehen.

Die Herder-Korrespondenz nimmt diesen Bericht zum Anlaß für die Frage, ob nicht auch der gehobene Ton und die an Voraussetzungen reiche Form, in der in unseren Landen vor Gebildeten über religiöse Wahrheiten gesprochen zu werden pflegt, zu grausamen Enttäuschungen führen würde, wenn man die Wissensvoraussetzungen der Hörer einmal näher untersuchte. Ein Religionslehrer zeigte der Schriftleitung einen Untersekundaner-aufsatz im Anschluß an die Behandlung der ersten Periode der Kirchengeschichte. Darin stand zu lesen: „Petrus wurde ungefähr im Jahre 44 in Antiochia geboren und kam 66 beim Brande Roms ums Leben.“ Requiescat in pace!

Die amerikanische Nachkriegshilfe Wie „The Commonweal“ (3. 11. 1950) mitteilt, beläuft sich die Summe der Mittel, die die Vereinigten Staaten seit Kriegsende zur Unterstützung der notleidenden Länder in aller Welt aufgewendet haben, bis zum 30. 6. 1951, also einschließlich des laufenden Etatsjahres, auf 42,591 Milliarden Dollar. Diese Zahl beruht auf den amtlichen Ermittlungen des Senatsausschusses für die Bundesausgaben unter Vorsitz des Senators Harry F. Byrd. Von diesen Mitteln wurde ein Sechstel für militärische Hilfe ausgegeben, der Rest für wirtschaftliche Unterstützungen und für ausgesprochen caritative Hilfe. Die Mittel, die von privaten Organisationen und einzelnen Bürgern aufgebracht wurden, sind selbstverständlich nicht einbegriffen. Wenn man die Bundesausgaben für Auslandhilfe auf den einzelnen Bürger umlegt, ergibt sich, daß jeder Amerikaner in den vergangenen sechs Jahren mit seinen Steuern 283 Dollar für die Auslandhilfe aufgebracht hat. Diese Hilfe hat, wie „The Commonweal“ mit Recht bemerkt, verschiedene Länder Europas in den verflossenen Jahren vor der äußersten Not und politischen Radikalisierung gerettet. Sie hat der politischen Aktivität des Westens den sozialen und moralischen Rückhalt gegeben. Die Zeitschrift fügt aber auch hinzu, daß diese Hilfe, wenigstens was ihren Umfang betrifft, wesentlich durch die sowjetische Bedrohung ausgelöst wurde. Andernfalls „würden wir als Nation wahrscheinlich sehr wenig zur Hebung des Lebensstandards im Ausland beigetragen haben“. Und doch müsse man zugeben, daß nur diese Hebung des Auslandes auch die inländische Prosperität bis zu diesem Augenblick ermöglicht habe. Diese Selbsterkenntnis sollte in Europa kein Gefühl der Überheblichkeit auslösen. Auch diejenigen, die über amerikanische Selbstsucht schimpfen, essen von amerikanischem Brot.

Die Moraltheologie und der Atomkrieg Der Dekan der Theologischen Fakultät an der Katholischen Universität in Washington, Francis J. Connell CSSR, hat in einem Aufsatz, worin er unter gewissen Kautelen den Gebrauch der Atombombe rechtfertigte, den Ausspruch getan: „Die katholische Theologie enthält einen gründlichen Traktat über die sittlichen Grundsätze hinsichtlich der Kriegführung.“

Gegen diesen Ausspruch und gegen den Beweis zur Rechtfertigung der Atombombe wandte sich in „The Commonweal“ (29. 9. 1950) Gordon C. Zahn. Er behauptet: „Die Theologen haben es bei ihrer Betrachtung der Moralität der Atombombe bis dahin unterlassen, sie in ihren sozialen Zusammenhang zu stellen.“ Zahn stützt sich vor allem auf das von der amerikanischen Regierung herausgegebene Buch: „Die Wirkung der Atomwaffen“ (Government Printing Office Washington, 1,25 Dollar). Es zeige in Wort und Bild nicht nur, daß diese Wirkungen grauenhaft und maßlos sind, sondern vor allem, daß sie wegen ihrer Nachwirkungen der Kontrolle durch diejenigen, der die Bombe anwendet, entzogen sind. Die Atombombe sei also ihrem Wesen nach nicht mehr eine Waffe, die gegen den Feind gerichtet ist, sondern ein Mittel unterschiedsloser Zerstörung und deshalb kein Mittel eines gerechten Krieges, der sich ja immer und nur gegen den ungerechten Angreifer selbst richten kann. Connell habe zu Unrecht behauptet, daß die Atombombe von einer gewöhnlichen „Bombe, einer Kanone, einer Handgranate oder einem Gewehr nicht wesentlich verschieden sei“.

In seiner Entgegnung erhält Professor Connell jedoch seine Behauptung aufrecht, und zwar mit dem Argument: „Der Grund, warum diese Waffen (vom moralischen Gesichtspunkt) nicht wesentlich verschieden sind, ist, daß sie im Krieg demselben Zweck dienen, den Feind zu töten oder zu verwunden.“ Die Atombombe töte mehr Menschen. „Aber dies begründet nur einen Unterschied dem Grade nach, nicht einen spezifischen oder wesentlichen“ (im moraltheologischen Sinne dieses Wortes).

In Fortsetzung der Diskussion weist Professor Edwin E. Aubrey von der Universität von Pennsylvania (The Commonweal 3. 11. 1950) darauf hin, daß der Washingtoner Theologe auch in seiner Erwiderung nur den gerechten ‚Zweck‘ der Anwendung dieser Waffe herausgestellt, nicht aber das Wesen des ‚Mittels‘ untersucht habe. Nicht widerlegt sei der Einwand Zahns, daß die Atombombe im Gegensatz zu allen anderen Waffen unterschiedslos Kämpfer und Nicht-Kämpfer tötet, weil sie unter Berücksichtigung ihrer strategischen Verwendungsmöglichkeiten nur zum Zweck einer Totalvernichtung abgeworfen werden kann. Sie tötet also nicht nur ‚mehr‘ Feinde, sondern sie tötet Nicht-Feinde ebenso wie Feinde. Allerdings, fügt er hinzu, wird die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten im modernen, totalen Krieg sehr schwierig. Er glaubt aber doch, daß dieser Unterschied grundsätzlich aufrechterhalten werden muß und daß darum die Atombombe, die ihn vollständig aufhebt, zu einem unsittlichen Mittel wird, das auch für den gerechtesten Zweck nicht verwendet werden dürfte.

Mehr gegen die theologische Sicherheit Connells wendet sich in der gleichen Nummer der Zeitschrift John Doebele. Es ist keineswegs allgemein bekannt, sagt er, daß

die katholische Theologie die Grundsätze, die für die Beurteilung eines modernen Krieges in Betracht kommen müssen, bereits klar erarbeitet habe. Er zitiert dann die Äußerung Papst Pius XII., worin der Papst sagt: „Hätte es eine Möglichkeit gegeben, die Handlungen der öffentlichen Gewalt zu kontrollieren und zu korrigieren, würde die Welt nicht in den Strudel eines Vernichtungskrieges gestürzt worden sein. Um für die Zukunft die Wiederholung einer solchen Katastrophe zu verhindern, müssen wir im Volk selbst derartige Garantien schaffen.“ Und er erwähnt weiter die Äußerung aus der Weihnachtsansprache 1948, wonach es „eine Pflicht der Nationen im ganzen ist, ein angegriffenes Volk nicht im Stich zu lassen“. Dann fragt er: Was sagt die Theologie über die konkreten Folgerungen, die sich aus solchen Grundsätzen für jeden einzelnen als Christen und als Glied des Staates ergeben? Der Syllabus Pius' IX. (Nr. 32) behauptete, daß der Klerus naturrechtlich (!) von der Militärflicht immun sei, obwohl doch naturrechtliche Bürgerpflichten auch für den Klerus gültig sein müßten.

Auf die von dem römischen Theologen Ottaviani geäußerten Ansichten hinsichtlich des modernen Krieges (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg. S. 122) wurde nicht eingegangen. Jedoch dienen auch sie, verglichen mit der Weihnachtsbotschaft von 1948, zur Unterstützung des dringenden Verlangens, die katholische Moraltheologie möge dem Problem gründliche Untersuchungen schenken. Es ist, wie Connell sagt: „In diesen kritischen Tagen . . . ist es von entscheidender Bedeutung, daß unsere Bürger Belehrung über die sittlichen Gesichtspunkte der Kriegführung erhalten.“

Kirche und Gewerkschaft

Kardinal Stritch, Erzbischof von Chicago, war vom nationalen Gewerkschaftskongreß der CIO, der Ende November in dieser Stadt abgehalten wurde, eingeladen worden, am dritten Tage die Verhandlungen mit einer Andacht zu eröffnen. Dabei hielt der Kardinal eine kurze Ansprache, worin er auf die Begrüßung durch den CIO-Präsidenten Philipp Murray, der kurz zuvor zum elften Mal wiedergewählt worden war, antwortete. Murray hatte hervorgehoben, daß die katholische Hierarchie der Gewerkschaftsbewegung in ihren Anfängen große Dienste geleistet hat, weil sie unermüdlich für die Koalition der Arbeiter eintrat. Der Kardinal antwortete: „Jetzt ist die Arbeit organisiert. Mit dem Wachstum ihrer Organisation wird die furchtbare Verantwortung zu einer Realität, die das Volk unseres Landes auf Ihre Schultern gelegt hat, der Sie der Führer eines großen Teiles unserer Bevölkerung sind. In seiner Tiefe betrachtet, ist der Weltkonflikt unserer Tage die Frage, ob sich der einzelne in einer recht geordneten Gesellschaft mit brüderlichen Beziehungen seiner Menschenrechte erfreuen oder der Sklave einer totalitären Gesellschaft sein soll. . . . Unsere Demokratie ruht im Grunde auf zwei Prinzipien: dem Grundsatz, daß unsere angeborenen Rechte von Gott stammen, und dem andern, daß wir alle in Christus kraft seines heiligen Blutes zur Brüderschaft verbunden sind. Wenn wir aus diesen beiden Grundsätzen unsere politische Philosophie entwickeln, sieht man leicht, daß auch die Wirtschaft in diese Demokratie eingepaßt und von derselben Philosophie geleitet werden muß.“

Über das Gemeinwohl im Wirtschaftsleben Philipp Murray, Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes

CIO und der Gewerkschaft der Stahlarbeiter, hat „eine gesunde und wesentliche Erhöhung der Löhne“ gefordert. „New York Times“ hat ihm dafür in einem Leitartikel einen scharfen Verweis erteilt. Truman fordert Unternehmer, Arbeiter, Landwirte und Verbraucher auf, im Interesse der größeren Ziele Opfer zu bringen. Die Kredite für Ratenzahlungsgeschäfte sind eingeschränkt worden. Der Einzelhandel bezahlt diese Einschränkung mit einer „wesentlichen Einschränkung seines Lebensstandards“. Die Baukredite sind eingeschränkt. „Ein ernstes Opfer der Bauunternehmer und Architekten.“ Die Einkommensteuern sind erhöht (was für eine sechsköpfige Familie von mittlerem Einkommen etwa 10 Cents pro Woche ausmacht). „Die Allgemeinheit sieht ihren Lebensstandard herabgesetzt“, kommentiert „New York Times“. Und in diesem Augenblick, wo alles darauf ankommt, eine Inflation zu verhindern, fordern die Arbeiter von Herrn Murray Lohnerhöhung!

John C. Cort macht diese Tatsachen zum Anlaß einer recht vernünftigen Betrachtung in „The Commonweal“ (17. 11. 1950). Zunächst unterzieht er die Opfer der Unternehmer in diesem Feldzug für das Allgemeinwohl einer näheren Beleuchtung. Dabei stellt sich heraus, daß die zwanzig größten Stahlproduzenten in USA im ersten Halbjahr 1950 nach Abzug der Steuern 359 Millionen Dollar, und das sind 45% mehr als im Jahre 1949, verdient haben. 1949 galt bis dahin als ein glänzendes Jahr. Der Stahlarbeiter dieser gleichen Firma bekommt 64 Dollar pro Woche. Er liegt über dem Durchschnittsverdienst des Industriearbeiters mit 60,53 Dollar für 40,9 Arbeitsstunden. Andere, viele andere Arbeiter liegen unter diesem Satz, weil ja zu einem statistischen Durchschnitt eben auch dies gehört, daß lebendige Menschen ihn nicht erreichen. Die Kaufkraft des Dollar in USA mag der einer D-Mark etwa entsprechen. So kommt Cort zu der Frage: Haben Sie schon eine Familie mit dieser Summe unterhalten? Er richtet diese Frage sowohl an den Kommentator von „New York Times“, wie auch an die Opfernden unter den Einzelhändlern, Bauunternehmern usw.

Aber im übrigen habe ja „New York Times“ recht. Opfer müssen gebracht werden, Opfer von allen Seiten. Und so muß man denn von den Führern der einzelnen Gruppen der Wirtschaftsgesellschaft verlangen, daß sie ihre Leute zur Vernunft bringen und sie nicht noch aufputschen. Was man jedoch damit von ihnen fordert, kann man sich erst vorstellen, wenn man sich in ihre Seele versetzt. Mr. Murray ist Gewerkschaftsführer, Mr. Alias ist Syndikus eines Unternehmerverbandes. Sie führen Lohnverhandlungen. Der eine denkt: Wenn die Erhöhung beträchtlich ist und die Arbeitszeit etwas verkürzt wird, bin ich der gemachte Mann. Der andere überlegt sich: Wenn ich sie dazu bringe, statt mit 10% mit 5% zufrieden zu sein, dann können wir die Preise erhöhen und eine nette Dividende machen. Dann wird die Opposition endlich ruhig und ich selbst vielleicht Vize-Präsident.

So egoistisch sind die Führer? Ja, sagt Cort, es hat Ethiker gegeben, die immer schrieben, man müsse das Gute um des Guten willen tun. Und es gibt viele, die es den christlichen Kirchen verargen, daß sie mit Himmel und Hölle operieren. Es soll auch Heilige gegeben

haben, die eher in die Hölle wollten als Gott beleidigen. Das sind ungewöhnliche Leute. Man muß sich überlegen, ob viel dabei herauskommt, wenn man die Wirtschaft auf solche ungewöhnliche Leute, bzw. auf ihre Art zu denken aufbaut.

Tatsache ist heute, daß der Unternehmer oder der Vertreter der Unternehmer rechtlich nur seinen Aktionären oder den Mitgliedern seines Verbandes verpflichtet ist und der Gewerkschaftssekretär seinen Mitgliedern. Die Wirtschaft hat zwar auch gesetzliche Pflichten gegenüber der Allgemeinheit. Doch sie sind negativer Art. Das heißt: dies und jenes darf man nicht tun. Stacheldrahtzäune, die an einigen Stellen mit Hilfe eines smarten Anwalts ein wenig aufgeschnitten werden können. Aber ein Verbands- oder Gewerkschaftsmann, der sich vor seinen Leuten (im internen Kreis) mit Opfern für die Allgemeinheit ausreden wollte, würde gewiß nicht mehr lange Gelegenheit bekommen, diese Opfer fortzusetzen. Kann man die Sache also Herrn Murray übelnehmen? Was ist die Moral von der Geschichte? Es ist „an alien idea“, ein weltfremder Gedanke, zu erwarten, daß ein Interessenvertreter „ideal“ handeln könnte. „Wenn das Gemeinwohl eine konkrete Bedeutung haben soll, muß man Organisationen und Möglichkeiten zu seiner Vertretung finden, die ihm Fleisch geben.“ Das heißt eine Wirtschaftsverfassung, in der man nicht dadurch Vize-Präsident wird, daß man, gegen das Allgemeininteresse, seiner Gruppe 10% nach Hause bringt, sondern dadurch, daß man eine Entscheidung für alle trifft. Das Eigeninteresse ist der Angelpunkt der Wirtschaft und wird es immer sein. Und was heißt sonst Wirtschaft? Es kommt darauf an, ihm durch Organisation der Kooperation den Anreiz in der entgegengesetzten Richtung zu geben als bisher.

Der ECOSOC und die Menschenrechte Die Vereinten Nationen werden in der Presse fast allein im Zusammenhang mit der Abwehr von Aggressionen und der diplomatischen Erhaltung des Friedens beachtet. Von ihren Organen wird neben der Vollversammlung nur der Sicherheitsrat einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Seine Tätigkeit ist wegen der Veto-Bestimmung in seiner Geschäftsordnung fast lahmgelegt.

Mehr in der Stille, aber vielleicht auf die Dauer mit einem größeren Erfolg, auch für den Frieden, wirkt der Wirtschafts- und Sozialrat, offiziell Economic and Social Council geheißen. Zu seinen Obliegenheiten gehört unter anderem auch die Vorbereitung einer internationalen Konvention über die Menschenrechte, die bestimmt ist, ratifiziert und ein Gesetz des Völkerrechts zu werden und damit der schon zwei Jahre alten „Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen vom 10. 12. 1948 (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 2, S. 512) Leben zu verleihen.

Die Kommission für die Menschenrechte, ein Ausschuß des Wirtschafts- und Sozialrates, hat einen Entwurf für dieses Gesetz fertiggestellt. Er hat auch bis auf drei, allerdings sehr wichtige Punkte bereits die Zustimmung des Rates. Die drei Fragen, mit denen sich die Kommission nun noch befassen muß, betreffen: 1. die Hereinnahme der wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte, 2. Bestimmungen über das Vorgehen gegen Personen oder Staaten, die das Gesetz verletzen, 3. die Durch-

führung in Bundesstaaten, in denen Gliedstaaten oder Länder einen Teil der Gesetzeshoheit und der Verantwortung für die Menschenrechte tragen. Erst wenn hierüber Einigung erzielt ist, kann sich die Vollversammlung endgültig mit der Konvention befassen.

Unter den fehlenden Grundrechten vermissen katholische Organisationen, die beratenden Status beim ECOSOC besitzen, vor allem das Elternrecht auf Erziehung der Kinder. Bezüglich des Prozeßverfahrens sah der Entwurf bisher nur für Staaten eine Aktivlegitimation vor. Möglicherweise wird sie nun auch Organisationen zuerkannt werden, die beratenden Status bei den UN haben, und es besteht sogar in einigen Delegationen Neigung, Einzelpersonen als Kläger zuzulassen.

Für die Aufnahme der Sozialrechte tritt vor allem der Sowjetblock ein. Die westlichen Großmächte sind zurückhaltend, weil sie glauben, es werde unmöglich sein, sich über ihren konkreten Inhalt allgemein zu einigen, nicht nur wegen der verschiedenen sozialen Ideologien, sondern auch wegen der Verschiedenheit der sozialen Verhältnisse in den Ländern der Welt. Die USA möchten sie deshalb einer späteren Vereinbarung überlassen und jetzt das Erreichbare möglichst schnell verwirklichen.

Neben seinen Bemühungen um die Menschenrechte beschäftigt sich der ECOSOC vor allem mit dem Problem der Hilfe für die rückständigen Länder, dem Flüchtlingsproblem, dem Programm der Vollbeschäftigung und den internationalen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen. Zu den ihm untergeordneten Organisationen gehört sowohl die Unesco wie die Economic Commission for Europe und die Welternährungsorganisation.

Volksabstimmung über das Gebet In Kanada fand in diesem Jahre nach eindringlichem kirchlichem Aufruf eine Familien-Rosenkranzwoche statt. Radio Montreal übertrug jeden Abend eine Viertelstunde lang das Rosenkranzgebet.

Nach Abschluß der Woche erhielt die Radiostation 15 000 Hörerbriefe und der Erzbischof weitere 5000, die darum baten, der Sender möge diese Sendung dauernd fortsetzen. Sie sei eine große Hilfe, wenn man am Abend die Familie zum Rosenkranz versammeln wolle.

Katholische Presse und katholisches Leben in Cuba Der angesehenste und verbreitetste Repräsentant der katholischen Presse Cubas, die von Franziskanern redigierte Wochenschrift „Semanario Católico“, früher „San Antonio“, benützt die Jubiläumsausgabe anlässlich ihrer 40-Jahr-Feier zu einer Überprüfung der nationalen kirchlichen Lage. Teile des Katholizismus wirkten mit dem die Zeit bestimmenden Liberalismus bei der politischen Befreiung des Landes kurz vor der Jahrhundertwende zusammen, konnten aber dennoch eine Verquickung der Begriffe Kirche und fremde Herrschernation nicht verhindern, einer Gleichsetzung von religiöser Praxis mit antinationaler spanienfreundlicher Einstellung nicht genügend entgegenwirken. Mit der Unabhängigkeit von 1898 fiel der Tiefpunkt in der öffentlichen Geltung des Katholizismus zusammen, der bis 1933 in langsamem, später jedoch rascherem Ausbau der kirchlichen Organisationen überwunden wurde. Standesvereinigungen, Sozialinstitute und Bildungseinrichtungen entstanden, 1946 selbst eine katholische Universität der Augustiner, die

aber noch nicht völlige Autonomie errungen hat. Heute „erobert sich die neue Generation von 1950, die zum guten Teil unter dem Zeichen Christi marschiert, Lehrstühle, Zeitungen und Zeitschriften, Gerichtstribünen und Parlamentssitze“. Der Eucharistische Kongreß Cubas von 1947 war ein deutliches Zeichen des Aufschwungs, den Pius XII. als „Seelenfrühling“ jener Insel begrüßte.

Noch aber sind in der Hauptsache Schule, Presse, Gesetzgebung und Regierung Cubas achristlich, wenngleich nicht mehr antichristlich. Die Hauptarbeit steht noch bevor. Es gibt eine intensive protestantische Propaganda (40 000 Konfessionsangehörige, fast 3 000 Besucher protestantischer Schulen), die aus der eingewurzelten Dankesgesinnung gegenüber den nordamerikanischen Befreiern von 1898 Vorteile zieht. Daneben gibt es vor allem Lauheit und Irrtümer gegenüber der Kirche neben offener Feindschaft auf seiten der Freimaurer, wogegen seit 1929 als Männerbünde die „Caballeros Católicos“ und die „Caballeros de Colón“ mutig und geschlossen ankämpfen. Von den rund 10 000 Mitgliedern der 140 Ortsgruppen der „Katholischen Herren“ ist die Hälfte als Aktivisten anzusprechen, die viel dazu beitragen, die cubanischen Männer wieder ins kirchliche Leben einzugliedern. Eine besondere Pioniergarde sind die „Jungmänner der Anunciata“, soziale Vorkämpfer in der Marianischen Kongregation seit dem Erscheinen von Rerum Novarum (1891). Manche sozial-christlichen Experimente mißlangen zwar, orthodoxe Arbeiterkongregationen verschwanden ebenso wieder wie die neutral gedachten Gewerkschaften. Die „Democracia Social Cristiana“ von 1941 ist in der theoretischen Aufklärungsarbeit recht erfolgreich gewesen, kam aber noch zu keinerlei praktischen Ergebnissen. Die Arbeiter-Apostel der jungen JOC-Bewegung versprechen mehr zu erreichen.

Vortrupp des cubanischen Katholizismus sind die Franziskanerpatres, die heute 19 der 61 von Orden betreuten Pfarreien verwalten. In 16 Niederlassungen leben 80 Männer jenes Ordens, aus dessen Reihen einst der erste Cubamissionar stammte und die sich als erste der Negerklaven annahm. Sie gründeten die ersten Schulorganisationen und stellen die geistlichen Beiräte der männlichen und weiblichen Jugendverbände der Katholischen Aktion. In 136 katholischen höheren Schulen erziehen zahlreiche Ordensgesellschaften 51 000 Kinder. Vielversprechend ist auch die Hochschularbeit der ACU, die sich schon 3 Lehrstühle zu sichern wußte, allmählich die Akademikerschaft rekatholisiert, aber auch in den Elendsvierteln der Hauptstadt, in Jugendstrafanstalten, ebenso in der Durchdringung der Parteipolitik mit christlichen Grundsätzen praktisch arbeitet. Über Volksmissionen, Katechese, Sozialarbeit gäbe es ebenfalls erfreuliche Tatsachen zu melden, denn seit einer Generation ist das katholische Cuba erfolgreich aktiv geworden (vgl. auch Heft 3, S. 145 f.).

Aus den Missionen

Mehr Missionare für Afrika. Missionsgebetsintention für Januar 1951 Die imponierendsten Wachstumszahlen, die die katholische Weltmission in neuester Zeit erreichte, hat der Erdteil Afrika aufzuweisen, der heute 15 Millionen Katholiken zählt. Allein in den Gebieten der Propagandakongregation wuchs die Katholikenzahl

in der Zeit von 1923 bis 1949, d. h. in wenig mehr als 25 Jahren, von 2231000 auf 11016099.

Einheimische Priester und ausländische Missionare

Für diese 11 Millionen stehen 1096 einheimische und 6366 ausländische Priester zur Verfügung. Das Ideal wäre, wenn die 11 Millionen Katholiken schon vollständig von einheimischen Priestern betreut werden könnten, während die ausländischen Missionare sich ganz dem Missionsapostolat widmeten. Bei 180 Millionen Einwohnern Afrikas liegt hier noch eine gewaltige Aufgabe. Leider aber ist die Zahl der einheimischen Priester trotz guten Wachstums immer noch ganz gering. Ehe der einheimische Klerus imstande ist, die gesamte Seelsorge zu übernehmen, wird noch sehr viel Zeit vergehen. Es ist zudem ja auch notwendig, daß dieser einheimische Klerus sich selbst am Missionsapostolat beteiligt. Denn nach einem Wort Benedikts XV. soll Afrika Afrika bekehren. Die augenblickliche Priesterzahl (1 Priester auf 1476 Getaufte) würde in einer geordneten Heimatseelsorge bei uns gerade genügen, um die Christen zu betreuen. In Afrika kommen aber über 2 Millionen Taufbewerber in Frage, die sich zum Teil vor den Toren der Kirche drängen und eine sorgfältige Einführung in den christlichen Glauben und die christliche Lebenspraxis verlangen. Dazu kommen dann die Anforderungen der Neueroberung in zum Teil unendlichen Weiten. Es gibt tatsächlich heute noch große Gebiete Afrikas, die missionarisch nur ganz dünn besetzt sind. So ist z. B. die französische Tschad-Kolonie, ein Gebiet vom doppelten Umfang Frankreichs, eigentlich jetzt erst in Angriff genommen worden. 10 Priester arbeiten dort auf einem Areal von 1 Million qkm, während gleichzeitig in demselben Gelände Tausende von bettelnden und handeltreibenden Marabuts sich als Werber für den Islam betätigen.

In Afrika liegen die Dinge, allgemein gesehen, heute so, daß sich die Zahl der Missionare nicht in demselben Maße erhöht, in dem die Christenzahl steigt. Dem augenblicklichen Missionspersonal fehlen Kraft und Zeit, um die eigentliche Missionsaufgabe vor der Erstarrung zu bewahren. Das Tempo der Bekehrungen verlangsamt sich schon zusehends. Die Gründe dafür liegen nicht ausschließlich auf dem Gebiete des Priestermangels, aber doch zu einem großen Teil. Das Anwachsen der Christenzahl gestattet auch nicht mehr eine befriedigende Individualseelsorge, und der innere Ausbau der älter werdenden Christengemeinden entzieht immer mehr Priestern dem Außenapostolat. Sie werden für Schulen, Internate, Hospitäler, Brautheime, Sozialwerke aller Art, Caritaseinrichtungen, innerkirchliche Organisation, Standesseelsorge usw. benötigt.

Vervielfältigung der Aufgaben

Vor fünfzig Jahren hatte der Afrikamissionar ein schweres, aber recht einfaches Werk. Er predigte, bildete Katecheten aus und errichtete einige behelfsmäßige Gebäude. Diese Verhältnisse sind endgültig vorbei. Für den Unterhalt der zahlreich erstehenden und für die Kirche notwendigen Werke mußten mit der Zeit Plantagen eingerichtet, Wälder gerodet werden. Es entstanden einheimische religiöse Kongregationen, die betreut werden wollen. Ein gewaltiges Schulwerk mußte im Interesse des Apostolates aufgebaut werden und erfordert in den lei-

tenden Stellungen spezialisierte Priesterkräfte, die den Anforderungen der Regierung an Ausbildung genügen. In letzter Zeit macht sich immer dringender das Bedürfnis nach Organisierung der christlichen Arbeiter, nach Schaffung von sozialen Sekretariaten, Selbsthilfeorganisationen wirtschaftlicher Art für die Eingeborenen bemerkbar. Der Priester muß sich heute auch um Zeitungswesen, Volksbüchereien, Kino, Rundfunk, Sport, ehrbare Unterhaltung bemühen. Man braucht Volkstumsspezialisten und Theologen, um die Anpassungsfrage vorwärts zu treiben. So entstand in den blühendsten Christengemeinden ein großer Priestermangel. Die Stoßkraft der Mission nach außen wird zusehends gelähmt. Wer die Frage näher studieren will, der lese die beachtenswerte Broschüre, die Dr. Pater Augustin Tellkamp SVD jüngst über „Die Gefahr der Erstickung für die katholische Weltmission“ bei Aschendorff, Münster 1950, erscheinen ließ.

Erstickung der Stoßkraft

Was der Rückgang der Stoßkraft der Weltmission in einer Zeit bedeutet, wo Afrika mit Riesenschritten seiner politischen und kulturellen Selbständigkeit entgegengeht, wo die Kulturfronten sich dort endgültig zu festigen beginnen und wo in diesen Jahrzehnten entschieden wird, ob der Islam oder das Christentum Afrika das Gepräge geben werden, kann sich jeder vorstellen. Gerade die Afrikamission ist am meisten von dem Gesetz der Erstickung bedroht, und hier wieder besonders Mittelfrika, in Mittelfrika aber Belgisch-Kongo. Während dort im Jahre 1896 der einzelne Priester erst für 100 Christen zu sorgen hatte, stieg deren Zahl 1905 auf 230, 1920 auf 930, 1937 auf 1600, 1941 auf 1820. In der Mission Urundi hat der einzelne Priester sogar die Obsorge für 4400 Christen, während in einer Reihe von Missionen des Kongo 2000 bis 4000 Christen dem einzelnen Seelsorger und Missionar anvertraut sind. Wo soll da das Missionsapostolat bleiben? Wie sollen die Hunderttausende erfaßt werden, die sich in manchen Gebieten zur Kirche drängen? Es haben schon Bischöfe geschrieben, daß sie sich vor die traurige Perspektive gestellt sehen, Katechumenen abweisen zu müssen, weil es an Priestern fehlt. Es ist sicher, daß in Kamerun, in Angola, in Kongo, in Uganda Hunderttausende sofort den Taufunterricht beginnen könnten, wenn mehr Priester vorhanden wären.

Katholische Europäer in Nordafrika ohne Priester

Im Norden des Erdteils lebt noch eine große Zahl meist europäischer Katholiken, deren religiöses Leben teilweise recht schwach ist. Aber es fehlt an Priestern, um dieses religiöse Leben zu erneuern. Ein gelebtes Christentum wäre in diesen islamischen Gebieten ein großer werbender Faktor für die Kirche.

Entscheidungsstunde der Christianisierung Afrikas

Dem Missionswillen der westlichen Welt ist in Afrika noch ein großer Spielraum gegeben. Aber Afrika braucht dringend mehr Priester, und da die Heranbildung des einheimischen Klerus naturgemäß bei den aus der Primitivität kommenden Völkern nur langsam vorangehen kann, braucht Afrika sofort mehr ausländische Priester. Eine neue religiöse, soziale und politische Struktur ist in Afrika im Werden, die für kommende Jahrhunderte

ebenso langdauernde Verfestigungen schaffen wird wie etwa der Prozeß der Christianisierung Europas. Es ist heute nicht mehr so, daß uns das dunkle Afrika wie eine Aufgabe gegeben ist, die wir in Ruhe auch noch in kommenden Jahrhunderten erfüllen können. Wenn der gewaltige Zivilisationseinbruch aus Europa abgeebbt ist, werden die Formen in Afrika in gewisser Weise erstarrt sein, auch bekenntnismäßig. Mit jedem Jahrzehnt wird die Arbeit in den Gebieten, wo der moderne Materialismus und die Diesseitskultur sich breitgemacht haben, schwieriger. Afrika braucht sofort viele Berufe, um eine Aufgabe zu erfüllen, deren Gelingen auch dem Christentum des Abendlandes einen unvergleichlichen Schutz gewähren würde.

Das Apostolat in den großen Häfen Asiens und Afrikas. Missionsgebetsintention für Februar 1951

In den großen Häfen Asiens und Afrikas befinden sich an Bord der Seeschiffe immer auch sehr viele Katholiken. Es ist eine bekannte Tatsache, auf die schon oft hingewiesen wurde, daß unter den Seeleuten auf den Weltmeeren der prozentuale Anteil der Katholiken viel größer ist, als man nach dem Anteil des Katholizismus an der Weltbevölkerung erwarten sollte. Der Osservatore Romano glaubte im Jahre 1936 die Feststellung machen zu dürfen, daß 700 000 katholische Seeleute auf den sieben Meeren fahren. Damals befanden sich in 47 von 700 Häfen katholische Seemannsmissionen. Heute werden von diesem Apostolat 288 Häfen erfaßt, von denen 70 in Missionsgebieten liegen.

Der Ausbau des Apostolates des Meeres in den Häfen Asiens und Afrikas ist bisher vernachlässigt worden. Der Schwerpunkt seiner Organisation liegt noch immer in den westlichen Ländern. Es kann aber weder für die christliche Mission noch für die christlichen Seeleute an den Küsten dieser Erdteile gut sein, wenn die mangelnde Betreuung der Häfen fort dauert. Einige dieser Häfen wachsen heute enorm. Die Bevölkerung von Dakar in Westafrika ist z. B. in wenigen Jahren von 80 000 auf 200 000 angestiegen, und der Hafen der Hauptstadt des neuen mohammedanischen Staates Pakistan sieht heute auf seiner Reede eine internationale Schiffskonzentration, während die Bevölkerung dieser Stadt (Karachi) in kurzer Zeit von 200 000 auf 1 1/2 Millionen sich vergrößerte.

Die Bedeutung des Seemanns in den Missionsländern

Kardinal Piazza hat in einer Rede auf dem 12. Internationalen Kongreß des Apostolates des Meeres, der im Heiligen Jahr zu Rom stattfand, betont, es handle sich beim Seemanns apostolat um ein schweres und drängendes Problem. In den Missionsländern aber ist dieses Problem angesichts der dort sich vollziehenden großen geistigen und kulturellen Umschichtung besonders drängend. Nicht nur sind dort die christlichen Seeleute selbst im Glauben schwer gefährdet. Sie gefährden auch eventuell durch schlechtes Beispiel das ganze Missionswerk. Obwohl der moderne Flugverkehr neben den großen Seehäfen immer mehr neue Einfallstore im Binnenland der Kontinente entstehen läßt, so sind die Häfen doch noch immer in größtem Maße die Eingangspforten für das Missionsapostolat. Die christliche Mission muß höchsten Wert darauf legen, daß das moralische Klima hier am Ansatzpunkt ihrer Arbeit möglichst sauber ist, be-

sonders was das Verhalten der Weißen in einer Periode angeht, wo die Farbigen überaus kritisch das Gehaben der weißen Rasse betrachten. Wenn christliche Matrosen der weißen Völker in den Slums, den Vergnügungsvierteln und Verbrecherzentren der Hafenstädte herumlungern, sich dort in Tingeltangels und Bordellen herumtreiben, betrunken durch die Straßen taumeln, so ist dies nicht nur dem Ansehen der Weißen unzutraglich, sondern auch dem der westlichen Missionare. Welche Stärkung würde es andererseits für christliche Missionsgemeinden in den Hafenstädten Asiens und Afrikas bedeuten, wenn christliche Seeleute in ihren Gottesdiensten erschienen, an der Freizeitgestaltung der katholischen Bevölkerung teilnahmen und durch ihr Verhalten dem sittlichen Leben der Einwohner eine Stärkung gäben.

Tätigkeit und Ausbildung der Seemannspastoren

Meist sind leider die Missionare in den Hafenstädten mit Seelsorge überlastet, so daß sie keine Zeit finden, auf die Schiffe zu gehen. Das aber ist notwendig. Auf den Schiffen sind die Matrosen am besten zu erreichen, zumal oft die Besatzung in mehrtägigen Aufenthalten überhaupt nicht an Land geht. Die Priester können unmöglich den durch die Hafenstädte vagabundierenden Seeleuten nachgehen. Von den Schiffen aus lassen sich die Leute auch in Seemannsheime geleiten, wo sie Ansprache, anständige Vergnügung und Geselligkeit finden. Für dieses Hafenapostolat braucht ein Missionar gewöhnlich eine eigene Schaluppe oder ein Motorboot, das immer für ihn bereit ist. Er muß aber selbst auch immer bereit sein. Wenn der Seemannspastor der Millionenstadt Karachi in Indien nur dann auf die Schiffe gehen kann, wenn er als Pfarrer einer Missionsgemeinde einen Vertreter bekommt, so ist dies ein unhaltbarer Zustand.

Der Seemannspastor muß an sich schon eine besondere Ausbildung erhalten. Er findet den Weg zum Herzen der Seeleute nur, wenn er von ihrem Beruf etwas versteht, mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen vertraut ist, arbeitsrechtliche Kenntnisse besitzt und in Schwierigkeiten richtig helfen kann. Das lernt man nicht im Priesterseminar und auch nicht in der Betreuung einer Missionspfarre. Für den Seemannspriester Asiens und Afrikas ist dazu noch eine tiefe Kenntnis der gesellschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Umwelt dieser Länder nötig. Er hat es ja nicht nur mit weißen Seeleuten zu tun, sondern auch mit farbigen. Unter diesen Umständen bleibt nichts anderes übrig, als erfahrene Priester aus dem Missionsklerus an zentralen Bildungsstätten in den Missionen selbst ähnlich zu schulen, wie man die Seemannspastoren in der westlichen Welt jetzt schulen will. Gut wird es sein, für diese Aufgabe in den Missionen Angehörige von Orden zu nehmen, die weit verstreute Missionsgebiete in größerer Zahl in dem betreffenden Erdteil besitzen. Die durch die Ordenszugehörigkeit gegebenen Verbindungen können eine große Erleichterung der Arbeit für die Seemannspastoren bedeuten und auch jene Tätigkeit von Hafen zu Hafen schaffen helfen, die nun einmal in den Missionsländern unumgänglich notwendig sind. Darüber sind sich alle Kenner der Probleme einig, daß ein Seemanns apostolat, das nur aus isolierten örtlichen Seelsorgstellen besteht, keinen großen Wert hat. Der Seemann ist immer unterwegs, und das Apostolat, das ihm dient, muß ihm überallhin folgen können. Eine Gesamtorgani-

sation des Apostolates des Meeres, wie sie in England und in den Vereinigten Staaten besteht, muß auch für Afrika und Asien geschaffen werden.

Laienbelfer im Seemannsapostolat

Jeder Priester, der im Seemannsapostolat arbeitet, soll nach den Worten von Kardinal Piazza auf dem Kongreß in Rom seinen Johannes den Täufer haben, der ihm die Wege bereitet. Es gilt also, Laienapostel dem Seemannspfarrer in den Missionsländern zur Seite zu stellen. Es gibt in diesem Apostolat ja auch Aufgaben, die nur der Laie lösen kann. Die Auswahl von Laien der Missionsgemeinden in den Hafenzentren ist nun ein besonders heikles Problem. Es ist dort schwer, vor allem Weiße für diese Arbeit zu gewinnen. Dazu kommt, daß wegen der Rassenspannungen unserer Tage der weiße Laie beim farbigen Matrosen und der farbige Laie beim weißen Matrosen nicht das Vertrauen findet, das der weiße Missionar noch bei Christen aller Völker besitzt.

In den westlichen Ländern gibt es heute viel mehr Seemannshäuser als in den Missionen. Auch dort müssen Häuser errichtet werden, wo der Seemann Unterkunft, Beratung, soziale, karitative, seelsorgliche Betreuung, berufliche Fortbildung und Unterhaltung findet.

Der Kongreß von Rom beschloß, für das gesamte Seemannsapostolat eine unter Aufsicht der Kirche stehende Zentrale zu schaffen. Dieser Zentrale sollen auch die Arbeiten des Seemannsapostolats in den Missionen unterstellt werden. Die kirchliche Oberaufsicht über dieses Apostolat hat seit 1924 die Sektion für Auswanderer der Konsistorialkongregation.

Katholiken und Rassenfrage in Südafrika

Eine evangelische Kirchenkonferenz in Transvaal hat einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, sie möge

jegliche Einwanderung von Katholiken in das Land verbieten.

Es ist wahrscheinlich, daß diese unfreundliche Geste mit der Opposition der Katholiken gegen die gesetzliche Unterdrückung der Eingeborenen zusammenhängt, die von der Regierung des Ministerpräsidenten Malan betrieben wird. Malan war früher Pfarrer der reformierten niederländischen Kirche. Die Herder-Korrespondenz hat über seine Maßnahmen, die auch auf den Widerspruch evangelischer kirchlicher Kreise stießen, ausführlich berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 3, Heft 10, S. 449 f.). Vor einigen Monaten hatte nun die katholische soziale Vereinigung des Kaplandes nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die katholischen Grundsätze über die Rechte des Menschen die rassische Diskriminierung in Südafrika als ungerecht und unchristlich erweisen.

Die katholischen Bischöfe hatten durch die Stimme des Apostolischen Vikars von Kapstadt, Msgr. Hennemann, schon Ende 1948 darauf hingewiesen. Sie äußerten sich erneut im Jahre 1950 durch eine Proklamation des Apostolischen Vikars von Natal, Msgr. Hurley OMI. Der Bischof erhob im Namen der christlichen Grundsätze über die Menschenrechte drei Forderungen: 1. auch den Eingeborenen Schulbildung zu gewähren, 2. ihnen eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen, 3. Maßnahmen zur Ermöglichung eines menschlichen Familienlebens unter ihnen zu treffen.

Der Bischof sagt, daß die Katholiken die Schwierigkeit des Rassenproblems in Südafrika durchaus nicht verkennen. Eine politische und soziale Gleichberechtigung der weißen und der farbigen Rassen könne in diesem Augenblick nicht hergestellt werden, weil die Farbigen nicht genügend gebildet sind, um verständnisvoll am öffentlichen Leben der Nation teilzunehmen. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Analphabeten. Jedoch ist es etwas anderes, dies anzuerkennen, und etwas anderes, diesen Zustand zu verewigen.

Die weiße Bevölkerung, die 20% der Gesamtbevölkerung ausmacht, besitzt 85% des Landes. Für die Farbigen stehen 13% der Bodenfläche zur Verfügung, die sich aber im Regierungseigentum befinden. Der Farbige kann kein Bodeneigentum erwerben. Er kann auch keinem gelernten Beruf nachgehen. Die Gewerkschaften üben ein rigides Monopol zugunsten der Weißen aus. Alle Berufsschulen sind nur Weißen zugänglich. Die Volksschulen reichen nach Zahl und Lage für die Eingeborenen nicht im entferntesten aus. Die wirtschaftlichen Verhältnisse erschweren auch dort den Schulbesuch, wo er räumlich möglich wäre.

Das Familienleben der Eingeborenen wird durch die soziale Unterdrückung fortschreitend verschlechtert. Die Reservationen sind überbevölkert, so daß die Männer Weib und Kind verlassen müssen, um außerhalb ihr Brot zu verdienen.

Die Kirche müht sich um die Erziehung der Eingeborenen. Im Vikariat Natal besuchen 17 000 Kinder ihre Schulen. Man sollte sich aber großzügig zu einer kulturellen Entwicklung der schwarzen Rasse entschließen, ehe sie dem Kommunismus zum Opfer fällt.

Ökumenische Nachrichten

„Die ökumenische Kirche“ und internationales Recht

Die Vierteljahrsschrift des Weltrates der Kirchen, „The Ecumenical Review“ (Oktober 1950) veröffentlicht

neben den Dokumenten der Tagung des Zentralaussschusses in Toronto auch einen Bericht über „Die Kirche und internationales Recht“. Dieser Bericht wurde auf der Tagung des Zentralaussschusses im Jahre 1949 auf Veranlassung von Bischof Berggrav, Oslo, durch eine Expertenkommission für die Tagung von Toronto erarbeitet. Er sollte die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Erforschung des Naturrechts und seiner Bedeutung für die internationalen Fragen klären, ferner das christliche Verständnis von Recht und Gerechtigkeit und schließlich das Verhältnis zwischen der christlichen Anschauung vom Recht und der Lehre vom Naturrecht. Diese Kommission tagte im April 1950 in Bossey unter dem Vorsitz von Baron van Asbeck. Aus Deutschland waren entsandt Prof. W. Grewe, Prof. Dr. E. Kaufmann und Dr. H. Dombois. Wie bei allen ökumenischen Konferenzen ergaben sich auch hier in grundsätzlichen Fragen Differenzen, die nicht durch eine lehramtliche Instanz, sondern durch weiteres Suchen nach der Wahrheit bereinigt werden sollen.

Ein zusammenfassender Bericht versucht dennoch, gewisse Ergebnisse festzuhalten. Sie gehen von der Tatsache